



# Saar-Freund

Nachrichten  
aus dem  
abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet  
Mitteilungsblatt des Bundes Saar-Verein

Nummer 4

4. Jahrgang

Erscheint monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungs-  
pretsliste Seite 226) zu tätigen. In Sonderfällen erfolgt die Zustellung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein.  
Berlin SW. 11, Kollnsee-Strasse 44. Fernsprech-Anschluss: Amt Köpen 3800. — Bezugspreis vierteljährlich  
Mk. 100.—, Preis der Einzelnummer Mk. 30.—. Alle Zahlungen auf Postkontanto Berlin NW. 7, Nr. 66536 erbeten.

Berlin

15. Februar 1923

## Und das Saargebiet?

Von Werner Pardoll.

Das ganze deutsche Volk steht unter dem Eindruck der Ereignisse im Ruhr- und Rheingebiet. Auch der Gleichgültigste und Nachsichtigste hat unter der Wucht der Tatsachen nunmehr erkannt, daß Frankreich zum letzten Schläge ausgeholt hat, der Deutschland geschmeitern soll. Gewiß, auch heute soll es in Deutschland noch Leute geben, die versuchen, das Vorgehen Poincarés gegen Deutschland zu verstehen, ja zu entschuldigen. Es sind sehr wenige; 99 Prozent des deutschen Volkes vertreten den Standpunkt der deutschen Regierung: Es gibt kein Verhandeln, so lange noch französische und belgische Truppen widerrechtlich deutsches Land besetzt halten! Kein Verhandeln und kein Nachgeben! Den französischen Machtgelüsten und Unverschämtheiten muß endlich ein Ziel gesetzt werden.

Mit 40 französischen Ingenieuren, begleitet von 50 000 schwerbewaffneten Soldaten, gedachte Frankreich Kohlen und Koks und alle Nebenprodukte im Ruhrgebiet zu rauben, so viel es erreichen konnte, wollte es der französischen Schwerindustrie einen Wachstumsschub verschaffen, der es unabhängig, England überlegen machen sollte.

Freiz Thöffen aber sagte den Herrschaften: Für uns gelten nur deutsche Gesetze, wir liefern keine Kohlen. Und der Vorsitzende des alten Bergarbeiterverbandes, Abg. Husemann, erklärte dem französischen Bergingenieur - Daum — im Saargebiet als Frankensförderer und sozialer Bremser gut bekannt —: „Auf diesem Wege wird mit unserem Willen Frankreich kein Stück Kohle erhalten!“ Und solcher Wille ist nicht vereinzelt im Ruhrgebiet. Die gesamte Bevölkerung dieses überfallenen Gebiets, vom ersten bis zum letzten, steht einig und unbeugsam, gewillt, dem französischen Eindringling seine Pläne und Ziele zu durchkreuzen.

Und plötzlich weiß es das ganze deutsche Volk, im besetzten wie im unbesetzten Gebiet, daß wir trotz unserer völligen Entwaffnung doch noch eine Waffe in der Hand haben, deren Auslieferung keine fremde Kontrollkommission verlangen kann: das ist der einzige Wille, die Einigkeit! Frankreichs Pläne müssen zerschellen, wenn wir ohne Unterlass der Partei und des Standes gewillt sind, unser Recht, unsere Freiheit, unser Eigentum zu verteidigen. Es bedurfte erst des impulsiven Ausdrucks des Willens der Westfalen an der Ruhr, um das deutsche Volk daran zu erinnern, daß Einigkeit stark macht.

Endlich, da es dem deutschen Volk aus Leben, an die Freiheit geht, besinnt es sich auf sich selbst. Dasselbe Volk hat sich nicht oder kaum gerührt, als das rheinische Volk durch das Versailler Diktat fremden Gewaltgebern überantwortet wurde, es hat nichts unternommen, als Oberschlesien dem deutschen Mutterlande entzogen wurde, es ist völlig gleichgültig geblieben, als ein schändlicher Betrug das Saargebiet deutscher Reichshoheit entzog, die Saargruben Deutschland raubte, 800 000 Urdeutsche französischer Gewalt ausgeliefert. Drei Jahre und mehr haben die Volksgenossen dieser Gebiete ihr Deutschtum, ihren Heimatboden verteidigt mit der Zähigkeit, die eben nur der Kampf um das Volkstum verleih. Drei Jahre und mehr haben sie die glücklicheren Volksgenossen in den unbesetzten Gebieten angefleht, sich

ihrer Not, sich ihrer Leiden und Gefahren anzunehmen. Heute prüfe sich jeder: Wer hat diese Notsschreie gehört, wer ist ihnen nachgegangen? Angesichts der gewaltigen Erregung, die heute endlich ob der Vergewaltigung deutscher Volksgenossen im Ruhrgebiet seitens Frankreichs und Belgiens durch das deutsche Volk geht, ist es an der Zeit, die deutschen Volksgenossen in den unbesetzten Gebieten daran zu erinnern, daß es für die Volksgenossen an Rhein und Saar, in Oberschlesien, Posen, Memel und anderwärts beinahe so gut wie nichts getan hat! Das machen wir dem deutschen Volk zum Vorwurf!

Was sich heute im Ruhrgebiet im großen unter der Erregung fast der ganzen Welt abspielt, haben wir im kleineren Maßstabe im Saargebiet erlebt. Und erleben es täglich aufs neue. Die deutschen Saargruben mit 15 Mill. Tonnen Jahresförderung hat Frankreich dem deutschen Volke geraubt. Mit Zuckerbrot und Peitsche begann Frankreich sofort seine Französisierungsarbeit unter der Saarbepflasterung. Ein Heer von Spitzeln und Agenten wurde losgelassen, das freie Wort verboten, die Presse geknebelt. Streiks der Bergarbeiter, in berechtigter Abwehr gegen ein Verlesendungs-system geführt, wurden mit blanker Waffe und Maschinengewehren niedergeschlagen, die Bevölkerung unter den Bestimmungen der schärfsten Belagerungszustandes mit Peitschenhieben und Kolbenstößen von den Straßen getrieben, Beamte und Arbeiter, politische und gewerkschaftliche Führer durch schwarze Franzosen wie Freiwild regelrecht gejagt, zur Flucht gezwungen, niedergeschossen, verhaftet, verurteilt. Heute noch schmachten deutsche Arbeiter des Saargebiets in französischen Gefängnissen, sind zahlreiche Morde, Gewalt- und Vergewaltigungstaten französischer Soldaten ohne Sühne geblieben. Zu Hunderten wurden Bergleute, Beamte, Politiker, Redakteure aus ihrer Heimat getrieben, Hunderte, die ihr Heim, ihre Existenz, ihr Glück verloren!

Deutsches Volk! Wo warst du, als diese Unglücklichen um Obdach, Brot und Unterstützung flehten? Es rührte sich keine Hand, es versagten die Stellen, die berufen und in der Lage waren, die Hilfe zu leisten, die für jeden einzelnen Ausgewiesenen genau so notwendig gewesen wäre, wie sie heute bei den unglücklichen Opfern französischer Willkür im Ruhrgebiet als notwendig anerkannt worden ist. Was waren die Mittel, die dem „Saar-Verein“ aus privaten Spenden zur Linderung der Not zur Verfügung standen? Frage die Opfer aus den April-, Juni- und Augusttagen 1919, aus den Augusttagen 1920! Frage die Opfer, die ihr Deutschtum, ihr deutsches Recht verteidigten, bis fremde Gewalt ihrem Kampf ein Ziel setzte! Was sie erlitten vor Jahren und vor Monaten — es entspricht im einzelnen genau dem, was unsere Ruhrhelden heute erdulden! Wo aber war damals die Hilfe, wo ist sie heute?

Das Saarvolk dankt es dem ermordeten Minister Dr. Rathenau, daß er in der denkwürdigen Reichstagsführung dem



deutschen Volke zurief: Die Bevölkerung des Saar-gebiets kann hinsichtlich ihrer Treue und ihrer Einigkeit allezeit dem deutschen Volk Vorbild und Muster sein! In dreißährigem jähen Abwehrkampf hat das Saarvolk deutsche Treue bewiesen, hat es Opfer an Gut und Blut gebracht — sollen diese Treue und diese Opfer ohne Anerkennung im deutschen Volke bleiben?

Sollen wir noch erinnern an die bedauernswerten Opfer der Frankenpolitik, des Währungs dualismus im Saargebiet? Frankreich und die in seinen Diensten stehende Saarregierung sind es gewesen, die diese Zustände mit voller Ueberlegung und in be-rechnender Methode geschaffen haben. In Frankreich spielt man heute mit dem Gedanken, das Ruhrgebiet durch Hunger ge-fügig zu machen. Ist diese Hungermethode nicht tat-sächlich im Saargebiet zur Anwendung gekommen? Kämpfen nicht Tausende heute im Saargebiet mit dem Hunger? Alles Fragen, die heute angesichts des französisch-belgischen Ver-brechens im Ruhrgebiet eine aktuelle Bedeutung haben. Trotz aller Bedrohungen, trotz Hunger und Existenzgefahr hat die Be-völkerung an der Saar schon drei Jahre und mehr ihre Deutsch-tum, ihren Heimatboden verteidigt.

Hat man je im rechtsrheinischen Deutschland dieses jähen Kampfes, der bitteren Not im Saargebiet gedacht?

Und weiter. Die Saargebietsbevölkerung ist einem 15-jährigen Abstimmungskampf unterworfen; Frankreich will unter allen Umständen die Einverleibung des Saargebiets erreichen. Nachdem es dem Saargebiet den Franken ausgezwungen, also in gewisser Weise eine wirtschaftliche Umstellung nach Westen er-

reicht hat, versucht es nunmehr, die deutsche Schule zu verdrängen. Mit Hilfe des Franken. Die Bevölkerung ist in den Abwehrkampf gegen die französische Schule ein-getreten, der mit erbitterter Verzweiflung geführt wird. Die deutsche Regierung hat in einer Protestnote an den Völkerbund auf die neuen Machinationen Frankreichs im Saar-gebiet hingewiesen. Wo aber bleibt das deutsche Volk? Wo sind die Mittel, die die Saargebietsbevölkerung befähigen, den Kampf mit voller Wucht durchzuführen?

Als bald nach dem Einbruch Frankreichs und Belgiens in das Ruhrgebiet zur Ruhrhilfe aufgerufen wurde, da fand dieser Appell auch im Saargebiet freudigen Widerhall. Trotz der furcht-baren eigenen Not beteiligte sich die Saargebietsbevölkerung an den Sammlungen für unsere Ruhrhelden und Ruhropfer. Heute schon sind es Millionen, die im Saargebiet aufgebracht wurden.

Ist es aber nicht angebracht, angesichts der reichlich fließenden Ruhrgaben der Erwartung Ausdruck zu geben, daß man bei der Verteilung nicht jene vergißt, die Opfer im Kampfe um das Deutsch-tum an der Saar ge-worben sind? Die Wunden bluten noch heute, da sie nicht verbunden, nicht gelindert wurden. Und neue werden täglich geschlagen.

Rhein, Ruhr und Saar: Bollwerke des Deutsch-tums, die heute im Großkampf von dem französischen Imperialismus bedroht werden! Gleicher Kampf, gleiche Not, gleiche Treue — da-her auch gleiche Hilfe!

## Saargebietsfragen vor dem Völkerbundsrat.

In seiner letzten Sitzungsperiode befaßte sich der Völker-bundsrat wieder mit verschiedenen Saargebietsfragen. In erster Linie war es wieder einmal die Anwesenheit des französischen Militärs im Saargebiet, die eine Beratung notwendig machte, veranlaßt durch eine Note der deutschen Regierung, die, gestützt auf die Bestimmungen des Versailler Diktats, sich gegen die Auf-fassung der Saarregierung gewandt hatte und die Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Saargebiet verlangte. Der Völkerbundsrat hielt es für angebracht, sich über diese offensbare Verletzung des Versailler Diktats durch Frankreich hinter ver-schlossenen Türen zu unterhalten. Am Schluß der Sitzung wurde folgendes amtliches Communiqué ausgegeben:

Der Völkerbundsrat hat, in dem Wunsche zu sehen, daß die Regierungskommission des Saargebiets fortführt, die öffentliche Ordnung in diesem Gebiet aufrecht zu erhalten, die Absichten der Regierungskommission (?) gutgeheißen, die örtliche Gen-darmarie auszubauen. Er hat zu diesem Zweck die Re-gierungskommission gebeten, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie für nützlich hält, um die Bestände dieser Gendarmerie zu ver-größern. Bei seiner nächsten Sitzung wird der Völkerbundsrat von dem von der Regierungs-kommission zu diesem Zweck aufgestellten Pro-gramm Kenntnis nehmen.

Der Rat hat gutgeheißen, daß die französische Gen-darmarie benutzt wird als Polizei der französi-schen Truppen an der Saar. Andererseits ist er der Mei-nung, daß es nicht angängig für ihn ist, die Ausübung der Ge-richtsbarkeit der französischen Kriegsgerichte über die Einwohner des Saargebiets zu diskutieren, da seit der Reso-lution vom 20. Juni 1921 kein Fall dieser Art zu verzeichnen ge-wesen ist.

Schließlich hat der Völkerbundsrat von dem Bericht Kenntnis genommen, den ihm Herr Bonzon, der Kommissar des Völker-bundes bei den Archiven des Saargebiets vorgelegt hat über die Dokumente, die nach seiner Meinung unter den besonderen Schutz des Völkerbundes gestellt werden müssen hinsichtlich der Abstim-mung an der Saar.

Zu der Tagung, die diesmal aus durchsichtigen Gründen in Paris stattfand, hatte sich wieder eine Abordnung des Landes-rats (Kieser vom Zentrum, Dr. Sender von den Sozialdemo-kraten und Dr. v. Popelius von der Liberalen Volkspartei) an den Verhandlungsort begeben. Sie traf leider dort erst ein, nach-dem die wichtige Frage des französischen Militärs schon entschieden war, und zwar hatte die Saarregierung die Reise zu verhindern gesucht, indem sie die Ausreisegenehmigung zunächst verweigerte. Der Abordnung war aber dennoch reichlich Gelegenheit geboten, mit einflussreichen neutralen Kreisen des Völkerbundesrates in Gedankenaustausch zu treten und wichtige Erklärungen über die in der Militär- und Gendarmeriefrage gefaßten Beschlüsse entgegen zu nehmen. Obwohl die Verhandlungen im Völkerbundsrat unter der allgemeinen politischen Spannung auf Grund der Vorgänge

im Ruhrgebiet und Lausanne gestillt hatten, ist doch nach einem Bericht der „Saarbr. Landesztg.“ in den betreffenden die Militär- und Gendarmeriefrage des Saargebiets gefaßten Entscheidungen ein unverkennbarer Fortschritt zu erblicken, was auch bei den gepflogenen Unterhaltungen der Abordnung mit den schon erwähnten neutralen Kreisen mit Genugtuung festgestellt werden konnte.

Die über die beiden Punkte gefaßten Entscheidungen des Rates sowie das Verhandlungsprotokoll wurden der Abordnung ausgehändigt. Aus dem Verhandlungsprotokoll geht hervor, daß der chinesische Berichterstatter über die Saarfragen in seinem Bericht die Eingabe der politischen Parteien des Landesrats vom 22. Dezember 1922 in der Mi-litärfrage in großem Ausmaß berücksichtigt hatte. Aus den Entscheidungen des Völkerbundesrates geht her-vor — die gefaßten Unterredungen ergaben auch eine klare Be-rätigung dieser Absicht des Völkerbundesrates —, daß der Re-gierungskommission des Saargebiets aufgegeben ist:

1. alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die örtliche Gendarmerie zu verstärken und für die nächste Sitzung des Völkerbundesrates ein entsprechendes Programm vorzulegen;
2. dafür zu sorgen, daß die im Saargebiete befindliche französische Gendarmerie nur noch zu Zwecken des französischen Militärs verwendet wird.

Die ganze Art und Weise, wie diesmal die Saargebiets-fragen Berücksichtigung fanden, sind Zeugnis dafür, daß das französische Militär abgebaut und die örtliche Gendarmerie ausgebaut werden muß und ein französischer Gendarm weder zur Paskontrolle noch im Dienste der französischen Schule oder sonstwie gegen die Bevölkerung verwandt werden darf. Lediglich für Zwecke des französischen Militärs, mit dessen Abbau auch ein Abbau dieser Gendarmerietruppe zu er-folgen hat. Das ist der Wille des Völkerbundesrates, und das Saarvolk hat nun das Recht und die Pflicht, darauf strengstens zu achten, daß dieser Wille von der Saarregierung auch durch die Tat befolgt wird.

Auch andere wichtige Fragen hat die Abordnung des Landes-rates in den Unterhaltungen gepflogen. Es wurde auf die ver-tragswidrige Förderung der französischen Schule hin-gewiesen, deren Pflicht es sei, die deutsche Schule vor Uebergriffen zu schützen. Weiter wurde die Mißachtung gekennzeichnet, mit der die Gutachten des Landesrates seitens der Regierung behandelt werden, was von der Bevölkerung als eine Verhöhnung aufgefaßt würde. Auch der unhaltbare Zustand wurde gekennzeichnet, daß Abordnungen der gewählten Vertretung des Saarvolkes von Tür zu Tür gehen müßten, um gehört zu werden. Genau so wie die Regierungskommission zum Völker-bundsrat Zutritt habe, müßten auch die gewählten Ver-



Interesse des Volkes offensichtlich zu Völkerverbündungen, die sich mit Saargebietsfragen befassen, zugelassen werden, um die Wünsche und Forderungen des Volkes vertreten zu können. Dadurch würde eine Äußerungsmöglichkeit geschaffen, die der Würde einer gewählten Volksvertretung entspräche. Die Abordnung hat es mit besonderer Freude empfunden, daß dieser Gedanke von den Kreisen, bei denen er vorgebracht wurde, freundliche Aufnahme fand. Es wird nun Sache der politischen Ver-

tretung des Saarvolkes sein, in nächster Zeit nach dieser Richtung hin aktiv tätig zu werden.

Der Völkerverbünderrat hat von den Mitgliedern der Regierungskommission folgende auf ein weiteres Jahr in ihrem Amt bestätigt: Lambert, Graf Moltke-Huitfeld, Waugh und Präsident Rault, der der Sitzung beiwohnte. (Das Mandat des Monsieur Hector läuft erst im Herbst dieses Jahres ab. D. Red.)

## Deutsche Protestnote gegen die Franzöfisierung des Schulwesens durch die Saarregierung.

Die deutsche Reichsregierung hat an den Völkerverbünderrat eine Note gerichtet, die sich mit den verschiedenen Maßnahmen der Saarregierung zur Franzöfisierung der Schulen des Saargebiets beschäftigt. Darin heißt es u. a.:

Nach § 28 der Anlage zu den Artikeln 45—50 des Versailler Vertrages sollen die Bewohner des Saargebiets unter der Aufsicht der Regierungskommission ihre Schulen und ihre Sprache behalten. Diese Bestimmung bildet eines der wichtigsten Grundrechte, das der Bevölkerung des Saargebiets zugesichert worden ist. Hieraus folgt, daß die Grundlagen des Schulwesens im Saargebiet in dem Zustande, in dem sie sich bei Inkrafttreten des Vertrages befanden, aufrechterhalten werden müssen, daß der Regierungskommission diese Aufrechterhaltung zur besonderen Pflicht gemacht ist, und daß sie sich aller grundsätzlichen Neuerungen und Änderungen auf diesem Gebiet der Verwaltung zu enthalten hat. Diese Bedeutung des § 28 wird bekräftigt durch einen Vergleich mit § 23. Schon nach dieser letzteren Bestimmung, derzufolge die am 11. November 1918 geltenden deutschen Gesetze und Verordnungen in Kraft bleiben sollen, bleibt die deutsche Schulgesetzgebung in Geltung. Während aber im allgemeinen die Regierungskommission nach § 23 geltende Gesetze unter gewissen Voraussetzungen und in gewissen Formen abändern kann, ist auf dem Gebiet der Schulverwaltung durch die Sonderbestimmung des § 28, die der Bevölkerung das Recht auf Erhaltung ihrer Sprache und ihrer Schulen gibt, die Zuständigkeit der Regierungskommission dadurch beschränkt, daß die Grundlagen des bestehenden Zustandes unter allen Umständen aufrechterhalten werden müssen. Soweit der deutschen Regierung bekannt, war dies auch gerade die Absicht der Verfasser des Vertrages, eine Absicht, die übrigens wohlbegründet erscheint, denn gerade auf dem Gebiet des Schulwesens, auf dem die Wirkung jeder Neuerung erst nach längerer Zeit beurteilt werden kann, liegt es nicht im Interesse eines Landes und seiner Bevölkerung, wenn unter der Herrschaft eines kurzen Übergangsregimes von 15 Jahren wichtige Änderungen vorgenommen werden.

Die Regierungskommission hat diese ihrer Tätigkeit auf dem Gebiete des Schulwesens gezogenen Schranken nicht eingehalten. Sie verfolgt vielmehr eine Politik, die auf eine grundsätzliche Veränderung des gesamten Schulwesens gerichtet ist.

Schon auf dem ihrer eigenen Leitung unterstellten Gebiet der Schulverwaltung hat die Regierungskommission eine Anzahl von Änderungen und Neuerungen eingeführt, die in ihrer Gesamtheit eine tiefgreifende Umgestaltung des Schulwesens darstellen und deshalb dem Vertrag von Versailles widersprechen. Von weit größerer Bedeutung aber ist es, daß die Regierungskommission eine Bewegung geduldet und sogar gefördert hat, die die vertraglich geschützten Landesschulen zerstört und die Schulverwaltung des Landes mehr und mehr in die Hände des französischen Staates überleitet. Dies ist geschehen durch zwei ohne Befragung der gewählten Vertreter der Bevölkerung erlassene Verordnungen der Regierungskommission vom 10. Juli 1920, nach denen auch die Kinder des deutschen Personals der Kohlengruben und sogar die Kinder der nicht zum Grubenpersonal gehörigen Bewohner des Saargebiets ihrer gesetzlichen Schulpflicht durch den Besuch der vom französischen Staat errichteten Schulen genügen können. Diese Verordnungen haben der Verwaltung der französischen Staatsgruben die Handhabe verschafft, in zahlreichen Orten des Saargebiets Schulen zu gründen und ihnen Kinder aus der einheimischen deutschen Bevölkerung durch allerlei Mittel zuzuführen, wie sie die Schulen des Landes nicht bieten, z. B. Rangengel, kostenlose Lieferung von Bekleidungs- und Kleidungsgegenständen, Begünstigung von Eltern, die ihre Kinder in die französischen Schulen schicken, und Benachteiligung solcher, die dies ablehnen, milde Handhabung der

Schulzucht, nachsichtige Behandlung von Schulverhältnissen, Zusage von Belohnungen an einzelne Kinder, falls sie andere Kinder zum Besuch der französischen Schulen veranlassen usw. Auf diese Weise ist es geradezu zu einer Entvölkerung der Landesschulen gekommen. In verschiedenen Ortschaften mußten bereits ganze Klassen dieser Schulen geschlossen und Lehrpersonen entlassen werden. In einem Orte, in dem französische Beamte persönlich die Bewohner aufgesucht und sie unter Anwendung der erwähnten Mittel zur Entsendung ihrer Kinder in die französischen Schulen bewogen hatten, stehen sogar die einheimischen Schulen vor der Schließung. Es liegen glaubhafte Nachrichten vor, daß in absehbarer Zeit Dutzende von Schulklassen nicht mehr bestehen werden. Die Verhältnisse werden treffend gekennzeichnet durch folgende Bemerkung eines Ortsvorstehers: „Es wird vielleicht nicht mehr lange dauern, dann werden wir den Franzosen unsere deutschen Schulgebäude verkaufen können.“

Dies ist das Ergebnis der Maßnahmen der Regierungskommission. Während der Vertrag von Versailles die Erhaltung der Landesschulen in einem besonderen Artikel gewährleistet, hat sie es dahin kommen lassen, daß diese Schulen zu verfallen drohen. Während der Vertrag ihr die Beaufsichtigung des Schulunterrichts der Bevölkerung ausdrücklich zur Pflicht macht, hat sie sich selbst in weitem Umfange die Möglichkeit zur Erfüllung dieser Aufgabe genommen, indem sie einheimische deutsche Schulkinder in wachsender Zahl die Schulen des französischen Staates besuchen läßt, die ihrer Einwirkung und Beaufsichtigung entzogen sind. Vor allem aber hat sich die Regierungskommission dadurch eines wichtigen, ausschließlich ihr selbst als Vertreterin des Völkerverbündes übertragenen Zweiges der Verwaltung teilweise entäußert zugunsten eines fremden Staates, dem im Saargebiet kein Anteil an der Verwaltung gebührt, sondern nur die Ausbeutung der Kohlengruben. Ihre erwähnten beiden Verordnungen haben die Möglichkeit dafür eröffnet, daß die Verwaltung des Schulwesens nach und nach in die Hände des französischen Staates gleitet. Es würde sogar vom Standpunkte dieser Verordnungen nichts im Wege stehen, daß der französische Staat allmählich das ganze Volksschulwesen im Saargebiet an sich zieht. Damit sind die Grundlagen der für das Saargebiet festgelegten vertraglichen Regelung erschüttert und ist eine wichtige Bestimmung des Vertrages geradezu in ihr Gegenteil verkehrt worden.

Nach § 14 der Anlage zu den Artikeln hat der französische Staat das Recht, als Nebenanlagen der Gruben Volksschulen oder technische Schulen für das Personal der Gruben und die Kinder des Personals zu gründen und darin den Unterricht in französischer Sprache nach einem von ihm festgelegten Lehrplan und durch von ihm ausgewählte Lehrer erteilen zu lassen. Diese Bestimmung einen Unterricht in französischer Sprache, nach französischen Lehrplänen und überhaupt nach den Wünschen des französischen Staates vorzusehen, kann sie nur für französische Kinder Geltung haben. Nur so ist es verständlich, daß der französische Staat, dem nur das Recht der Ausbeutung der Kohlengruben zugestanden worden ist, überhaupt das Recht zur Erteilung von Unterricht im Saargebiet und insbesondere von Unterricht in französischer Sprache erhalten hat; nur so kann diese Ausnahmebestimmung in Einklang gebracht werden mit der übergeordneten Vertragsbestimmung, die der Bevölkerung die Erhaltung ihrer Schulen zusichert, und nur so ist sie vereinbar mit dem die Gesamtheit der Bestimmungen über das Saargebiet beherrschenden Grundsatz, demzufolge alle Zweige der Verwaltung in die Hände der Regierungskommission gelegt werden sollen. Mit gutem Grunde hat daher die Bestimmung des § 14 nicht wie die des § 28 in dem Kapitel über die „Regierung des Saargebiets“ sondern in dem Kapitel über die „Abtretung und Ausbeutung der Gruben“ Platz gefunden, und mit gutem Grunde sind französische Schulen nur „als Nebenanlagen der Gruben“ zugelassen.



Aus vorstehenden Gründen erhebt die deutsche Regierung gegenüber dem Völkerverbund mit Nachdruck Einspruch gegen die vertragswidrigen Zustände auf dem Gebiet des Schulwesens im Saargebiet, deren Entstehung die Regierungskommission gebuldet und gefördert hat. Sie verlangt die Wiederherstellung des vertrags-

mäßigen Zustandes, insbesondere die Wiederaufrichtung der früheren Grundlagen auf dem Gebiete des Schulwesens, die Beschränkung des Besuchs der französischen Schulen auf französische Kinder und die Beilegung solcher französischen Schulen, die nicht Volks- oder technische Schulen sind.

## Nicht aufenthalts- aber klageberechtigt. — Das „beleidigte“ französische Offizierkorps.

Das Obergericht in Saarlouis beschäftigte sich Mitte Januar in mehrstündiger Verhandlung mit der Verurteilung in der Klage gegen den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei im Saargebiet Schäfer wegen Beleidigung des französischen Offizierkorps. Bekanntlich wurde Schäfer im Oktober v. Js. von der Strafkammer des Saarbrücker Landgerichts zu 5000 M. Geldstrafe verurteilt, weil er einen ihm mitgeteilten Vorfall über die Bedrohung eines Eisenbahn-Lademeisters durch einen französischen Offizier in öffentlicher Versammlung wiedergegeben hatte. Der Gewährsmann Schäfers, der aus gewissen in den hiesigen Verhältnissen liegenden Gründen mit seinem Namen nicht hervortreten kann, will Augen- und Ohrenzeuge davon gewesen sein, wie der Lademeister kurz nach dem Zwischenfall zu mehreren Kollegen von der Bedrohung seiner Person mit der Reitpeitsche gesprochen habe, weil er dem „Befehl“ des Offiziers auf Befestigung von verladenen Automobilen keine Folge gegeben habe. Schäfer hat bei der Glaubwürdigkeit seines Gewährsmannes und in Anbetracht der Tatsache, daß sich ähnliche Vorfälle bereits in Saarbrücken abgespielt haben, keine Bedenken getragen, diesen Vorfall in einem großen Referat über die unberechtigte Anwesenheit des Militärs und ihre Folgeerscheinungen zu verwerthen, besonders, da die ihm als Stadtverordneter und Politiker obliegende Pflicht zur Wahrung der Interessen der Bevölkerung ihn auch moralisch dazu nötigte. Die Verhandlung drehte sich nun in ihrem zum nackten Tatbestand gehörenden Teil in der Hauptsache um die Frage, ob eine „Bedrohung“ des Lademeisters stattgefunden hat und da ergaben sich eine Reihe Unbegreiflichkeiten, die die Verteidigung des Angeklagten an der Zuverlässigkeit des Hauptzeugen Kamps, des Lademeisters, zweifeln ließen, der in seinen Befundungen vor dem Obergericht wie in denjenigen vor der ersten Instanz angab, sich nicht bedroht gefühlt zu haben. Er aber war alleiniger Zivil-Zeuge des Vorfalls und durch ihn allein konnte er überhaupt seinen Weg in die Öffentlichkeit finden. Er hat nach dem Zusammenstoß seinem Dienstvorsteher erzählt, „er könne sich oben nicht mehr blicken lassen“ und er ließ sich auch bis zur fertiggestellten Verladung nicht mehr blicken. Er hat weiter von einem ihm erteilten „Befehl“ gesprochen und in der ersten Verhandlung bekundet, daß der Offizier „heftig mit der Reitpeitsche zu Boden geschlagen“ habe; dieser sei „heiß“ geworden und er sei „auch ein bißchen heiß“ geworden. Kamps selbst gab in der zweiten Verhandlung an, daß er stets nur von einem Wortwechsel, nie von einer „Bedrohung“ gesprochen habe, ein Kollege habe vielmehr, als er (Kamps) den Zwischenfall im Freihof erzählt habe, gesagt: „Das ist doch Bedrohung genug“, wobei er (Kamps) diese Auffassung als „dummes Zeug“ bezeichnet habe. Demgegenüber stehen die Angaben des ungenannten Gewährsmannes Schäfers. Die Verteidigung, Rechtsanwalt Dr. Sender, nahm nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme, besonders nach den Aussagen der Tatzeugen an, daß der Zeuge Kamps den Vorfall damals gewaltig übertrieben habe, um ihn nun, da er das Nachspiel sehe, nach Möglichkeit harmlos hinzustellen.

In juristischer Beziehung macht Dr. Sender dann längere Ausführungen, weil dieser Fall von besonderer Bedeutung ist. Er bezweifelt die Rechtsgültigkeit des Strafantrages des kommandierenden französischen Generals. Das französische Militär sei zu unrecht, entgegen dem Versailler Vertrag hier im Saargebiet und könne deshalb aus dem deutschen Strafrecht nicht das Recht herleiten, als die bewaffnete Macht zu gelten. Deshalb sei es unzulässig, daß der kommandierende General den Antrag gestellt habe. Anders wäre es, wenn der sich beleidigt fühlende Leutnant selber Klage erhoben hätte.

Vorant es Schäfer antam, war, sein Recht als Staatsbürger wahrzunehmen und sich gegen die ungerechtfertigte Anwesenheit der französischen Truppen zu wenden. Damit hat er zugleich allgemeine und öffentliche, als auch seine persönlichen Interessen vertreten und man muß ihm deshalb unbedingt den Schutz des § 183 zubilligen.

Einen eigenartigen Standpunkt nahm der Generalsstaatsanwalt Berg ein, der die Berechtigung des Vorgehens des kom-

mandierenden Generals zu begründen suchte. Er meinte, wenn man ohne Voreingenommenheit den Friedensvertrag prüfe, komme man zu dem Schluß, daß zurzeit die Anwesenheit der französischen Truppen im Saargebiet dem Versailler Vertrage entspreche. Die Regierungskommission habe für Ruhe und Ordnung zu sorgen, „notigenfalls mit Hilfe fremder Truppen“.

Den Schutz des § 183 erlachte er Herrn Schäfer nicht zu, da er mit seinem Verlangen nach Entfernung der französischen Truppen ein „unberechtigtes Interesse“ vertritt. Er trat für Verschärfung des erstinstanzlichen Urteils ein.

In seiner Entgegnung auf diese nicht gerade juristisch sehr haltbaren Rechtsauslegungen wies Rechtsanwalt Dr. Sender darauf hin, daß bereits vor einem Jahre der Völkerverbund der Regierungskommission aufgegeben habe, die örtliche Gendarmerie einzurichten. Das habe diese bis heute nicht getan und deshalb vertritt er ein berechtigtes Interesse im Kampfe gegen die Anwesenheit des französischen Militärs. Es hätten sich schon eine ganze Reihe Zwischenfälle mit dem Militär ereignet. Diese Unzulänglichkeiten habe er brandmarken, nicht aber den einzelnen Offizier beleidigen wollen.

Das Urteil wurde erst am 9. Februar verkündet und lautete auf Verwerfung der Verurteilung.

Schon gelegentlich der Verhandlung vor der Strafkammer kamen die Richter hinsichtlich der Klageberechtigung des Generals und hinsichtlich der Zuerkennung des § 183 zu einer Schlussfolgerung, die nicht nur bei der Bevölkerung sondern auch in Richtertreuen Bestreben erregte. Auch wir haben mit unserer Meinung nicht zurückgehalten, wobei wir uns unser Urteil über diese Rechtsfindung auf Grund der uns vorliegenden Berichte der Saarpresse bildeten. Aus diesen Berichten konnte nur der Eindruck gewonnen werden, daß die Richter infolge Befangenheit nicht zu einer Rechtsauffassung kamen, die sich auf das unbeeugliche deutsche Recht stütze, daß sie vielmehr unter dem Einfluß des Versailler Diktats einen tatsächlich rechtswidrigen Zustand — Anwesenheit französischen Militärs im Saargebiet, Abänderung des deutschen Rechts — als Rechtsgrundlage anerkannten. Wir bezeichneten das mit einem „Schielen nach der Alleestraße“, mit einer „Verbeugung vor dem französischen Militarismus“. Uns hat inzwischen das Urteil in seinem Wortlaut vorgelegen. Wir nehmen keinen Anstand, zu erklären, daß wir mit unserer Kritik des Urteils nicht zum Ausdruck bringen wollten, daß die Saarbrücker Richter mit Absicht das Recht beugten. Sie haben zweifellos nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt; ihre Rechtsprechung litt aber zweifellos dadurch an Objektivität, daß sie sich den Standpunkt der Saar-Regierung zu eigen machten: „Was die Saarregierung als Rechtslage anerkennt, ist Recht.“ Die Saarregierung vertritt den Standpunkt, die Anwesenheit der französischen Truppen im Saargebiet entspricht dem Versailler Vertrag, einen Standpunkt, den in der Berufungsverhandlung ja auch der Generalsstaatsanwalt Berg vertritt. Dieser Standpunkt ist aber falsch, er wird z. B. nicht einmal vom Völkerverbundrat geteilt, was aus seiner letzten Stellungnahme zu der Frage der Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet unzweifelhaft hervorgeht. Die Bestimmung im Saarstatut, daß in Zweifelsfällen die Saarregierung allein entscheidet, trifft in diesem Falle gar nicht zu, da ein Zweifelsfall hier nicht vorliegt; es handelt sich vielmehr lediglich um den Versuch, die Bestimmungen des Saarstatuts zugunsten Frankreichs zu korrigieren. Ein solcher Versuch kann aber für ein unabhängiges Richteramt niemals eine Rechtsgrundlage bedeuten. Wenn wir daher von einem Schielen nach der Alleestraße sprachen, so ist das so aufzufassen, daß die Richter der ersten Verhandlung die Auffassung der Saarregierung, wie sie bei den verschiedensten Gelegenheiten zum Ausdruck kam, gleichsam als „saarländische“ Rechtsauffassung werteten und darauf ihre Rechtsfindung stützten.

Vielleicht ist das ein Fehler vieler Deutschen, daß sie das Diktat von Versailles als unumstößliches Rechtsdokument anerkennen und darauf ihre Rechtsbegriffe gründen. Das Diktat von Versailles, selbst mit der erprehten deutschen Unterschrift, ist ein Dokument des Unrechts, der Gewalt, der Unwahrheit. Aus ihm können niemals Rechtsmittel hergeleitet werden. Auch die Rego-



lung der Saarfragen ist unhaltbar, da unwahr, dem Völkerrecht zuwiderlaufend. Die deutsche Rechtsprechung sollte diese Tatsachen berücksichtigen; denn es kann von keinem Rechtspruch die Rede sein, der auf ein Dokument des Unrechts aufgebaut ist.

Diese unsere Auffassung wird bestätigt durch einen andern Prozessfall, der allerdings eben wegen der noch schwebenden Frage der Befangenheit der saarländischen Richter noch nicht verhandelt wurde. Wegen Beleidigung des Herrn Dr. Hector als Mitglied der Saarregierung schwebt ein Prozeß gegen Redakteur Franke von der „Saarbrücker Zeitung“. Bei Besprechung der Denkschrift der politischen Parteien an den Völkerbundsrat, in der bekanntlich gegen Hector der Vorwurf der Fälschung einer wirtschaftlichen Eingabe der Stadt Saarlouis an die damals noch nicht ernannte Regierungskommission in eine an die französische Regierung gerichtete Vopallitätserklärung für Frankreich erhoben wurde, hatte Franke Hector „schändlichen Landesverrat durch gemeinen Betrug“ vorgeworfen. Der Termin für die Verhandlung wurde im letzten Augenblick wieder aufgehoben und neuer Termin auf einen Monat später angelegt worden. Im Saargebiet besteht bekanntlich für die Richter keine gesetzliche Sicherung der Unabhängigkeit und Unabsetzbarkeit, wie sie alle Kulturstaaten aufweisen. Schon vor einiger Zeit wurden in einem poli-

tischen Prozeß auf Grund dieser Tatsache unter Hinweis auf die kurz vorher erfolgte Verurteilung des Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei des Saargebietes, Valentin Schäfer, wegen angeblicher Beleidigung eines französischen Offiziers, durch ein saarländisches Gericht — ein Urteil, für das man vergeblich Verständnis innerhalb der Bevölkerung suchen würde — die Richter wegen Befangenheit abgelehnt. Die dem Obergericht in Saarlouis in dieser Hinsicht obliegende Entscheidung ist noch nicht erfolgt. Wie man hört, sollen nun die Richter der 1. Strafkammer des Landgerichtes es selbst abgelehnt haben, diesen politischen Prozeß zu verhandeln bevor die Frage hinsichtlich der Befangenheit entschieden ist. Seit Jahr und Tag führt nämlich das saarländische Richtertum selbst den Kampf um ein Statut, das aber die Saarregierung ihm anscheinend nicht gewähren will. Das Obergericht wird natürlich in einer schwierigen Lage sein: Erklärt es die Richter für unbefangen, dann verneint es die in allen Kulturstaaten anerkannte Grundlage allen freien Richtertums, verneint es ein Grundrecht, das alle Richter für sich in Anspruch nehmen, in diesem Falle auch besonders die saarländischen Richter; erklärt es aber die Richter für befangen, dann ist das gerade kein Lob der Verhältnisse des Richtertums im Saargebiet, wie sie die Regierungskommission für richtig hält.

## Streit auf den französischen Saargruben.

70000 Bergleute legen die Arbeit nieder.

Wie wir bereits in unserer letzten Nummer mitteilten, haben die Verhandlungen, die zwischen den Vertretern der Saarbergleute und der französischen Saargrubenverwaltung zwecks Neuregelung der Bergarbeiterlöhne geführt wurden, zu keinem Ergebnis geführt, da die Bergverwaltung nicht gesonnen war, den Forderungen der Bergarbeiter gerecht zu werden. Die Bergleute begründen ihre Forderungen einmal mit der wesentlichen Entwertung des Franken, zum anderen mit den erheblich gestiegenen Preisen für alle Waren und Lebensmittel. Daneben spielte die unwürdige Behandlung, die die Bergarbeiter unter französischer Verwaltung zu erdulden haben, keine geringe Rolle, ferner hatte sich die Mißstimmung über die im Laufe des abgelaufenen Jahres vorgenommenen Lohnkürzungen bis zu 7 Franken je Schicht noch nicht gelegt, und die absichtliche Verschleppung der Verhandlungen über den Mitte Dezember v. J. von den Bergarbeitern geforderten Lohnsatz durch die Grubenverwaltung waren auch nicht dazu angetan, die aus diesen mancherlei Gründen durchaus berechtigte Erregung der Bergleute zu befeitigen.

Schließlich Mitte Januar bequeme sich die Bergverwaltung zu Verhandlungen, nachdem die Organisationen immer wieder gedrängt hatten. Man wird diese Tatsache beachten müssen, um die von französischer Seite veranlaßten Ausstreunungen über angebliche Zusammenhänge des Saarstreiks mit den Vorgängen im Ruhrgebiet richtig beurteilen zu können. In diesen Verhandlungen unterbreiteten die Vertreter der Bergleute ihre Unterlagen, die statistisch nachweisen, daß Frankentwertung und Preissteigerung eine Lohnerhöhung von 5 bzw. 7 Franken je Schicht berechtigt erscheinen ließen. Die französische Bergverwaltung stellte sich demgegenüber auf den Standpunkt, daß die von der Bergverwaltung errechnete Indexziffer keine Verteuerung der Lebenshaltung nachweise; sie lehnte daher die Forderungen der Bergleute glatt ab. Die Erregung unter den Bergarbeitern stieg angesichts dieser ablehnenden Haltung der Bergverwaltung aufs äußerste und gipfelte in den Revierkonferenzen der beiden Bergarbeiterorganisationen den fast einstimmigen Streikbeschluss.

Die endgültige Entscheidung fiel am 28. Januar, an welchem Tage sowohl die außerordentliche Revierkonferenz des alten Bergarbeiterverbandes wie auch der Sechszehnerausschuß gemeinsam mit den Hauptvorstandsmitgliedern des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter in getrennten Sitzungen einstimmig beschlossen, spätestens am 5. Februar in den Streik zu treten. Es wurde auch gleichzeitig beschlossen, sofort an die Saarregierung heranzutreten und ihr klar zu machen, daß die Bergleute, falls die Forderungen nicht bewilligt würden und es zu einem Streik käme, selbst den Ordnungsdienst übernehmen und weder Schutzleute noch Militär nötig sei. Sollte trotzdem, solange alles ruhig verlaufe — und dafür bürgten die Bergleute — Militär kommen, dann hätte die Regierung die Folgen, die daraus entstehen würden, selbst zu tragen.

Aus diesen Beschlüssen ergab sich der ungeschminkte Ernst der Situation. Die Regierung versuchte in letzter Stunde eine Vermittelung; es kam daraufhin zu neuen Verhandlungen am 1. und 2. Februar. Hierbei erklärte sich die Bergverwaltung zu einer Lohnerhöhung um 3 Franken je Schicht im günstigsten Falle schließlich einverstanden. Die Arbeitervertreter erklärten, nachdem die Bergverwaltung dieses Zugeständnis als äußerste Grenze bezeichnet hatte, zu versuchen, diesen Vorschlag den Belegschaften

zur Annahme zu empfehlen. Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter, wie der Deutsche Bergarbeiterverband hatten daraufhin für Sonntag, den 4. Februar, Versammlungen einberufen, um endgültig Beschluss zu fassen zu diesem Angebot der französischen Bergverwaltung. Die Stimmung in beiden Versammlungen war aber entschieden für den Streik, die Erregung der Bergleute war eine starke. Sie fand auch in dem Reden ihren Ausdruck.

Beide Organisationen haben denn auch, die erstere mit 96 gegen 5 Prozent, die letztere einstimmig beschlossen, mit dem 5. Februar in den Streik zu treten.

Ein hervorragender Vertreter der Bergarbeiter hat sich über den Streikbeschluss wie folgt ausgesprochen:

„Die Schuld, daß es zu keiner friedlichen Beilegung der Lohnbewegung kam, dürfte zweifellos die französische Bergverwaltung treffen. Die Führer haben von vornherein nicht verfehlt, sie auf den Ernst der Lage aufmerksam zu machen. Trotzdem wurde mit der Einleitung von Verhandlungen gezögert. Die Erregung der Bergleute, die schon seit langer Zeit — aus anderen Ursachen — besteht, wurde dadurch noch gesteigert. Sie erreichte ihren Höhepunkt, als die Verwaltung bekannt gab, daß die gewährte Zulage von 3 Franken den tüchtigsten Bergleuten, den Hauern, die im Gebirge arbeiten, nicht voll zur Auszahlung kommen sollte, sondern nur mit 2,55 Franken. Die nachträgliche Bewilligung vermochte die Erregung nicht mehr zu dämpfen. Eine Einigung wäre aller Voraussicht möglich gewesen, wenn sowohl die Bergverwaltung wie auch die Regierungskommission die Sache mit mehr Beschleunigung behandelt hätten. Hoffentlich wird man in der Zukunft etwas rascher arbeiten.“

Am 5. Februar trat dann auch tatsächlich die gesamte Belegschaft der Saargruben — rund 73 000 Bergleute — mit allem handwerklichen und Maschinenpersonal in den Streik.

Die Forderungen, deretwegen die Bergarbeiter einmütig in den Streik getreten sind, sind folgende: Die Bergarbeiter verlangen eine Lohnerhöhung von 5 Franken ab 1. Februar, weitere 2 Franken ab 1. März d. J. Ferner wurden noch folgende Forderungen erhoben:

1. Bessere Behandlung der Belegschaftsmitglieder;
2. Einstellung des Tarifvertrages beim Gedingeabschluss;
3. Regelung der Handwerkerzulage;
4. Veröffentlichung der monatlichen Lohnstatistik der einzelnen Inspektionen;
5. Nachprüfung der bis jetzt erfolgten Verlegung aus Werkstätten und Maschinensatz in die Grube;
6. Mehr Entgegenkommen bei Verlegungen von einer Grube zur anderen unter Berücksichtigung des Wohnortes;
7. Bei Neuanlegungen Berücksichtigung in erster Linie von Söhnen der Belegschaftsmitglieder.

Auf die Forderungen 1—7 ist die Bergverwaltung überhaupt nicht eingegangen, obwohl auf ihre Durchführung die Bergleute unter allen Umständen bestehen.

Aus Darlegungen in der Saarbrücker „Volkstimme“ geht übrigens hervor, daß die Saargruben recht gut höhere Löhne



zahlen könnten, da nach den Angaben der Generaldirektion bei einer Gesamtförderung von rund 11 Millionen Tonnen im Jahre 1922 ein Ueberschuß von 52 580 000 Franken erzielt wurde. Zu diesen Ueberschüssen können noch Tausende von Franken gerechnet werden, welche für Propagandazwecke, unnütze Spieledienste, für überflüssige Errichtung von Schulen und sonstigen Aufwand ausgegeben wurden. Die Bergarbeiter sind gezwungen, für geringen Lohn zu arbeiten, damit französische Lehrer und Geistliche von der Bergwerksdirektion entgegen dem Friedensvertrag beschäftigt werden und dafür Lohn und Kohlen beziehen.

Es ist bezeichnend, daß bald nach dem Ausbruch des Streits von französischer Seite eine lebhaft propagandistische Aktion wurde, um den Streik der Saarbergarbeiter mit politischen Motiven, mit der Ruhraktion in Verbindung zu bringen. An erster Stelle steht natürlich das französische Agentenblatt des Saargebietes. Dann arbeitet die französische Propaganda-Agentur „Agence Rhin“ in Strassburg und die gesamte chauvinistische Presse Frankreichs nach den Pariser Anweisungen. Bringen es doch sogar die „Agence Rhin“ und die „Lothringische Volkszeitung“ in Metz fertig, zu behaupten, daß der Streik auf den Saargruben direkt von dem deutschen Reichskanzler Dr. Cuno veranlaßt worden sei. Es erübrigt sich, auf solche erbärmlichen Propagandalügen einzugehen, es genügt, sie niedriger zu hängen.

Während die Saarregierung und Frankreich gar zu gerne „feststellen“ möchten, daß der Bergarbeiterstreik mit der deutschen Abwehr im Ruhrgebiet zusammenhängt — die französische Presse behauptet das auf Geheiß mit größter Frechheit ohne den Funken eines Beweises —, ein Versuch, der mißlingen muß, da keinerlei Zusammenhänge bestehen, steht die Saarregierung nachgewiesenermaßen im Dienste der französischen Ruhraktion.

Da die Völkerverbundskommission ihre Aufgabe darin erblickt, Frankreich für seine Annektionspolitik alle möglichen Helfersdienste zu leisten, so unterstützt sie auch den französischen Raubzug ins Ruhrgebiet. Sie stellte die Saarbahnen für den Truppentransport ungehindert zur Verfügung, entsandte den Leiter des Oberbergamts Saarbrücken ins Ruhrgebiet, unterstützte die Brief- und Fernspreckspionage usw. Außerdem unterlagte sie die Meinungsäußerung der Bevölkerung, indem sie sämtliche politischen Versammlungen der sozialdemokratischen Partei ohne Angabe von Gründen verbot! Sie scheint sich also wieder einmal recht stark zu fühlen. Dabei widerfuhr der Saarbrücker Polizei eine tragikomische Verwechslung. Sie wollte eine von den Kommunisten einberufene Versammlung verhindern, geriet aber in den Saal, in dem gerade die Buchdrucker einen fachtechnischen Vortrag hören wollten. Ohne weiteres wurde diese Versammlung aufgelöst — in der Meinung, man hätte die Kommunisten vor sich. Die im Nebensaal tagenden Kommunisten blieben unbehelligt und lachten sich über den Reinsfall der Polizei eins ins Häufchen!

Aber eins sei hier ausdrücklich betont: Sämtliche Organisationen haben klipp und klar in durchaus eindeutiger Weise erklärt, daß bei der augenblicklichen Lohnbewegung keinerlei politische Momente mitspielen. Welche politischen Folgen oder Auswirkungen im „Völkerverbundstaat“ Saarabien, dessen politische Struktur ja festliegt, bis das Gebiet wieder an das Deutsche Reich zurückfällt, ein Streik haben sollte, ist wirklich unklar. Eine „Unterstützung“ Deutschlands? Dieses Deutschland hat, wie Figuren zeigt, noch Männer in allen Kreisen, die sich selbst zu helfen wissen, und zwar mit Erfolg. — Die jetzige Bewegung bezweckt in allererster Linie eine Erhöhung der Löhne bzw. die Wiedererreichung des vor dem Lohnabbau bezahlten Lohnes. Durch Beseitigung der unproduktiven Ausgaben, zahllos wie der Sand am Meere, könnte die Direktion die Preise noch mehr als um 3×2 Franken ermäßigen. Zu der Lohnfrage aber kommt noch manches andere. Die Behandlung der Belegschaft ist alles andere als erfreulich. Überall herrscht Spiege- und Denunziantentum schlimmster Sorte. Dazu kommt der Versuch, die Arbeiterschaft zu willenslosen politischen Werkzeugen gewisser Annektionspolitik zu machen. Der Druck auf weite Teile der Belegschaft, ihre Kinder in französische Schulen zu schicken, oder das Saarbrücker französische Propagandablatt zu bestellen, löst wie jede moralische Vergewaltigung Gegendruck aus. Die Spuren der Vergangenheit schrecken die Arbeiterschaft der Saargruben zurück. All diese Tatsachen, die aber noch beliebig vermehrt werden könnten, sind mit die Ursache der heutigen Bewegung und Erregung. Anscheinend aber denkt die Bergverwaltung gar nicht daran, ihre Methoden zu ändern. Zeit genug hätte sie wahrlich übergenug dazu gehabt. Seit Monaten versuchen die vier Vertragsorganisationen, die Bergwerksdirektion von der Unhaltbarkeit der jetzigen Zustände zu überzeugen. Vergebens. Die Verwaltung aber wollte anscheinend den Streik!

Zu dieser Auffassung muß man kommen, wenn man die ganze französische Politik der letzten Monate etwas näher verfolgt. Mitte Dezember, also lange nachdem die Saarbergleute wegen einer Lohnneuregelung vorstellig geworden waren, hat Poincaré

die Auffsehen erregende Äußerung von den „hervorstechenden schwerwiegenden Entscheidungen“; man hörte von den Elyseebeschlüssen. Die Ruhraktion wurde immer dringender in der französischen Presse und im Parlament gefordert — wir wissen, daß schon damals die militärischen und wirtschaftlichen Pläne fix und fertig vorlagen. Man war davon überzeugt, daß dieser Spaziergang in das Ruhrgebiet ein Kinderpiel sein und Frankreich reichlich Kohlen bringen würde. Was brauchte man da die Saarkohlen, für deren Förderung man ja noch Geld zahlen mußte. Deutschland sollte sie völlig kostenlos liefern.

Deshalb zeigte sich die französische Saargrubenverwaltung von ihrer unnachgiebigsten Seite — sollten die Saarkumpels streiken, Frankreich behinderte es nicht. Man war bei der Saarbergverwaltung gut über die französischen Ruhrpläne unterrichtet; war doch bereits der französische Chefingenieur Daum von der Saarbergverwaltung und Berghauptmann Franken von der Saarregierung für diese Eroberungs- und Raubexpedition bestimmt! Erst als sich langsam, aber deutlich zeigte, daß die französische Ruhrrechnung nicht ganz stimmte, zeigte man sich an der Saar verhandlungsbereiter, auch nachgiebiger! Da liegt das politische Moment des Streiks auf den Saargruben, das aber von Frankreich, nicht von den Saarbergarbeitern hineingetragen wurde; denn im Oktober oder November dachte niemand in Deutschland an eine Abwehrfront, wie sie durch Frankreichs Ruhrverbrechen Mitte Januar ausgerichtet wurde.

Wir begreifen die Erregung, die heute der Saarbergarbeiterstreik in Frankreich hervorruft; denn nun werden neben den Saarkohlen auch die Saarkohlen ausbleiben, auf die man bisher in Frankreich so wenig Wert gelegt hat.

Bisher ist der Streik in völliger Ruhe verlaufen. Die Einnüchternheit der Bergarbeiter hat alle Erwartungen übertroffen. Man hatte vermutet, daß eine beträchtliche Anzahl von Bergleuten, die bisher den französischen Druck- und Lockmitteln sich gefügig gezeigt hatten, die ihre Kinder der französischen Schule zuführten, trotz der Streikparole anfahren würden. Das war nicht der Fall. Die Entschlossenheit der Bergleute, unter allen Umständen Ruhe und Besonnenheit zu wahren, geht auch daraus hervor, daß die örtlichen Streikbureaus in großen Bergmannsdörfern mit den Wirten eine freiwillige Vereinbarung getroffen haben, daß die Wirtschaften am Abend bereits um 10 bzw. um 9 Uhr schließen und tagsüber keinen Schnaps ausschütten. Die organisierten Bergarbeiter haben selbst eigene Wirtschaftspatrouillen eingerichtet. So ist es erklärlich, daß der erste Streiktag, der in der Regel bei größeren Streiks sich als der unruhigste bemerkbar macht, vollständig ruhig verlaufen ist. Die notwendigsten Notstandsarbeiten wurden überall verrichtet, die Leute hierzu von den Organisationen bestimmt.

#### Einschaltung französischen Militärs.

Die Streiklage wurde jedoch schon am zweiten Tage verschärft dadurch, daß die Gruben von französischem Militär besetzt wurden, obwohl keinerlei Anlaß hierzu vorlag. In Bergarbeiterkreisen wird diese Maßnahme als eine Provokation aufgefaßt. Tatsächlich begannen auch sofort die Ausschreitungen des französischen Militärs. In Püttlingen sprengte das Militär durch den Ort provozierend hin und her, obwohl dort musterhafte Ordnung herrschte. Ruhig ihres Weges gehende Streikende wurden durch französische Kavalleriepatrouillen von den Straßen verjagt. Ein Bergmann wurde mit der Reitpeitsche geschlagen und ein anderer mit dem Bajonett bedroht. Die Streikposten wurden unter Drohungen verjagt. Ähnliche Fälle werden aus Sulzbach berichtet.

Die Franzosen ziehen Verstärkungen heran; in Saarbrücken sind Tanks eingetroffen. Die Regierungskommission hat dagegen keinen Einspruch erhoben.

Die Gewerkschaften haben sofort Vorstellungen bei der Regierungskommission erhoben, die erklärte, sie habe damit nichts zu tun. Die Organisationen haben daraufhin einen Aufruf an die Arbeiter erlassen, in dem es u. a. heißt:

„Arbeitsbrüder, die Bergarbeiter stehen seit einigen Tagen in einem schweren Kampf. Sie kämpfen um eine menschenwürdige Existenz und um die elementarsten Rechte im Arbeitsverhältnis freier Arbeiter.“

Der Sieg der Bergarbeiter ist der Sieg der gesamten Saararbeiterschaft. Ihre Niederlage würde auch für die übrige Arbeiterschaft eine Verschlechterung ihrer Lebenslage bedeuten.

Die Grubenverwaltung hat sich der Hilfe des Militärs versichert, um in diesem Kampf den Sieg davonzutragen. Sie ist auch krampfhaft bemüht, Streikbrecher zu bekommen. Alle ihre Versuche hatten jedoch bisher keinen Erfolg. Es ist aber damit zu rechnen, daß sie ihre Bemühungen in den nächsten Tagen in großem Maßstabe wiederholen wird. Aber kein ehrlicher Arbeiter wird sich zu diesem kapitalistischen Handlangerdienst gebrauchen lassen und den Verräter an seinen Kollegen machen. Alle denken



den Arbeiter im Saargebiet werden sich mit den streikenden Kameraden in jeder Weise solidarisch erklären, und niemand wird sich zum Streikbrecher hergeben.“

Das zum Schutze der saarländischen Gruben herangezogene französische Militär wird auf mehreren Gruben zum Kohlendienst verwandt. Zum Teil sind auch die Militärposten auf den Druck der Gewerkschaften zurückgezogen worden.

Die Zurückziehung eines Teils der französischen Truppen von den Gruben beweist, daß die streikenden Bergarbeiter sich streng an die Anweisungen ihrer Organisationen halten und sich durch das französische Militär nicht provozieren lassen.

Die Grubenverwaltung versucht die in Werkwohnungen untergebrachten Streikenden durch Kündigung der Werkwohnungen zum Streikbruch zu verleiten. Auch andere Arbeiter sind zur Arbeit aufgefordert worden, und es ist ihnen, falls sie der Aufforderung nicht nachkommen, mit Kündigung gedroht worden. Um eine Verwaltung, die zu solch kleinlichen Mitteln greift, muß es wirklich schlecht bestellt sein. Es ist ganz selbstverständlich, daß sich die Streikenden durch solche Maßnahmen in ihrem Bestreben, den Kampf zu einem guten Ende zu führen, nicht wankend machen lassen werden. Auch die durch große Betrugsanzeigen angekündigte Entlassung der Bergarbeiter hat in den Kreisen der Belegschaften keinen Eindruck gemacht. Überall herrscht der Wille, trotz Androhung der Entlassung im Streik zu verharren.

#### Sympathiebekundungen für die Streikenden.

Der Bezirksvorstand des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, Bezirk Saarbrücken, nimmt zu der Frage des Bergarbeiterstreiks vorläufig folgende Stellung ein: Der Bezirksvorstand erkennt die Forderungen der Bergarbeiter als voll und ganz berechtigt an und spricht den Streikenden seine vollste Sympathie aus. Sollten von Seiten der Behörden Maßnahmen, die gegen die Streikenden gerichtet sind, ergriffen werden, so fordert der Bezirksvorstand alle Kollegen, Beamten wie Arbeiter, auf, diese Maßnahmen nicht zu unterstützen.

In einem Telegramm spricht der Nationalrat des französischen Bergarbeiterverbandes den ausländischen Kameraden von der Saar seine Sympathien aus. Er teilt mit, daß eine Aussprache über zu erweichende Maßnahmen eingeleitet sei.

In einer späteren Meldung wurde bekanntgegeben, daß er beschlossen habe, für den 16. Februar den Generalstreik für alle Kohlengebiete Frankreichs in Aussicht zu stellen, wenn bis dahin ihre eingereichten Forderungen nicht angenommen worden sind.

#### Die lothringischen Bergarbeiter streiken auch.

Auch die lothringischen Bergleute sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Da die Verhandlungen mit den Zechenbesitzern zu keinem Ergebnis führten, traten sie am 7. Februar ebenfalls in den Streik. Schon am 7. Februar streikten in Klein-Rosseln über 5 Prozent und auf den Gruben Saar und Mosel über 80 Prozent der Belegschaften. Auch am 8. und 9. Februar sind auf den verschiedenen Plätzen nur geringe Bruchteile der Belegschaften eingefahren. Zu Zwischenfällen ist es bisher nicht gekommen, obwohl die Stimmung unter den Bergleuten sehr gereizt ist, da sich infolge der schlechten Behandlung ein ziemlicher Groll angesammelt hat. Verhandlungen führten bisher zu keinem Ergebnis.

#### Die Wirkungen der Streiks.

Infolge des Bergarbeiterstreiks im Saargebiet macht sich schon jetzt ein empfindlicher Kohlenmangel bemerkbar. Die Saarbrücker Strassenbahn hat ihren Fahrdienst vermindert. Die großen elektrischen Kraftzentralen des Saargebiets werden einen eingeschränkten Betrieb aufrechterhalten können, da die vorhandene Kohle von dazu freigegebenen Arbeitern herangebracht wird. Man rechnet damit, daß die saarländische Industrie bei Fortdauer des Streiks in den nächsten Wochen starke Einschränkungen vornehmen muß. Die Dillinger Hütte, deren Aktionäre zum großen Teil Franzosen sind, hat bereits am zweiten Streiktage einen Teil der Arbeiter sämtlicher Schichten nach Hause geschickt. In Arbeiterkreisen erblickt man in dieser Maßnahme des Dillinger französischen Generaldirektors Koederer den Versuch, durch Beeinflussung der Hüttenarbeiter die Lage der streikenden Arbeiter zu schwächen und die französische Bergverwaltung zu stärken. Nach einer späteren Meldung hat die Bergverwaltung die Lieferung des elektrischen Stromes an die kommunalen Abnehmer eingestellt, angeblich um den Strom für die Bedürfnisse zur Sicherung der Gruben zu reservieren. In diesem Vorgehen kann man nur den Versuch erblicken, einen Keil der Zwietracht in die Bevölkerung zu treiben.

#### Lohnbewegung der Saareisenbahner und Postbeamten.

Die drei Verbände: Deutscher Eisenbahner-Verband, Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Post, sowie der Allgemeine Eisenbahner-Verband haben an die Regierungskommission, Abteilung für öffentliche Arbeiten, eine Eingabe gerichtet, in der angesichts der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Saargebiet, besonders der immer mehr zunehmenden allgemeinen Einführung des Frankens, gefordert wird, die Bezüge der Arbeiter und der Unterbeamten in entsprechender Weise aufzubessern. Sie bitten, alsbald Verhandlungen über Erhöhung des Teuerungszuschlages einzuleiten.

Die Unzufriedenheit unter den Eisenbahn- und Postangestellten ist sehr groß, weil die Gehälter der höheren Beamten stark erhöht worden sind, während das bei den unteren Beamten nicht der Fall ist. Hierzu kommt die weitere Entwertung und das starke Umsichgreifen des Frankens. Nach der genannten Erklärung haben bisher Verhandlungen nicht stattgefunden. Eisenbahner und Postangestellte sind fest entschlossen, den äußersten Schritt zu tun, falls die Verhandlungen, wenn sie eintreten, kein günstiges Resultat ergeben.

#### Fraktionierte Saarkohle.

Die „Frankf. Ztg.“ meldete aus dem Saargebiet und die saarländische Presse bestätigte dies, daß wiederholt Kohlenzüge mit Saarkohlen nach Frankreich aufschiffen trugen und Begletpapiere besaßen, durch die der Eindruck erweckt werden sollte, als ob es sich um Ruhrkohle handele. Es ist klar, daß es sich dabei um ein Vorgehen handelt, den Anschein zu erwecken, als ob die Ruhraktion Erfolg habe.

#### Es ware zwä Meinkärjer Kinner . . .

Es sinn mol im Ort zwa Buwe gewän,  
De älscht war e Hurrah un Luder.  
So frech wie der sell, so brav war der Klän,  
Der huat in der Schul iwerem Bruder.

Der jingscht hat gelehrt un Schule bafiert,  
Hat Märcher gedicht un Lieder. —  
„Der bringt's noch zu ehbes, dann der hat schubiert!“ —  
So häälscht's, wemmer schwächt vun de Brieder.

Am älscht awer hann se geloh ká gut Hoor,  
Denn der war beschlimmt nit geroot.  
Der sell is am Enn e Mecher woor  
Un verkaaft jeht die Schinke un Broode.

De jingscht laaft power heit dorch die Welt.  
— Denn wer laaft noch Liebcher zum Dache! —  
De älscht awer hat e Sack voll Geld,  
Denn der der dut die Wärscht jeht mache.

Der sell is heit e gemachter Mann,  
Fahrt Auto, laaft Heiser un Gieter.  
Bun demm pump' heit ich, soviel wie ich kann,  
Denn ich bin de jingscht vun de Brieder.

Der Kusaß  
(in der „Saar- und Blieszeitung“).

#### Noch immer

besteht die größte Gefahr, daß wir den „Saar-Freund“ werden eingehen lassen müssen. Die freiwilligen Spenden reichen noch bei weitem nicht aus, daß regelmäßige Weiterverkäufe sicher zu stellen.

Wir dürfen aber über die ernststen Gefahren, die unser Ruhrgebiet bedrohen, nicht das Saargebiet vergessen. Wollen wir deutsches Land an der Saar preisgeben?

Wer das nicht will, der helfe mit an der Tilgung des riesenhaften Fehlbetrages, der zehne schleunigst nach seinen Kräften für den

„Saar-Freund“.



## Des Saargebietes Not unter der Fremdherrschaft.

Wie wir an anderer Stelle noch berichten, hat der Völkerbundsrat in seiner Sitzung vom 1. Februar die vier ausländischen Mitglieder der Saarregierung auf ein weiteres Jahr bestätigt. Der Beschluß überrascht insofern, als in einer der letzten Sitzungen des Rates entgegen den anders lautenden Bestimmungen im Versailleser Diktat das Mandat dieser Herren schon bis zum Jahre 1925 verlängert wurde. Nach einem Bericht des aus Paris informierten französischen Propagandaorgans hat der Rat der Kommission seine besten Glückwünsche überliefert. Dazu hatte er auch alle Veranlassung, denn die Herren der Saarregierung sind in der Mehrzahl

### „Ehrenmänner“,

auf die der Völkerbundsrat besonders stolz sein darf. An der Spitze steht der Franzose Kault, der nach seinen jetzzeitigen Erklärungen kein Franzose mehr ist, sondern sich ganz und ohne jeglichen Hintergedanken für die gute Sache des Völkerbundes einsetzt, nur die Interessen dieser hohen Behörde kennt und Tag und Nacht für die Sicherung der Rechte und Wohlfahrt der Bevölkerung bemüht ist. Er wird in diesem Bemühen aufs eifrigste unterstützt von seiner Privatsekretärin Blanche mit ihrer Doppelwohnung in Saarbrücken und Forbach. Die Bevölkerung des Saargebietes ist angefüllt seiner väterlichen Fürsorge für ihr Wohl aufs tiefste erschüttert. Ihm zur Seite steht der „dänische“ Graf Moltke-Huitfeldt. Ueber ihn erschien kürzlich in der „Zeit“ folgende Skizze aus dem

### „Kulturleben eines „Ministers“ im Saargebiet“:

Zu den fünf „Beauftragten“ des Völkerbundes, die unter französischer Aufsicht die Bevölkerung des Saargebietes entreden und terrorisieren, gehört auch der „Däne“ Graf Moltke-Huitfeldt. Derselbe, ein bekannter Lebemann und Pariser Kennstallbesitzer, läßt ausgerechnet das Amt eines — Kultusministers aus. Person und Amt passen zusammen, wie die bekannte Faust aufs Auge.

Die bis jetzt zwischen dem Herrn Kultusgrafen alias Kennstallbesitzer Moltke-Huitfeldt und den französischen „Ministerkollegen“ bzw. dem französischen Generalsekretär der Regierungskommission bestandene Interessengemeinschaft scheint einen üblen Riß bekommen zu haben. Nicht etwa aber spielen politische Differenzen eine Rolle, indem vielleicht der eine die Saarbevölkerung mehr schikanieren wollte als der andere. Nein, darin sind alle einig. Ein ganz kleiner familiärer Zwischenfall soll die Stellung des Herrn Grafen erschüttert haben, ein Zwischenfall, an dem sogar die Frau des Herrn Generalsekretärs Morize beteiligt sein soll. Der forsche Schneid des Kennstallbesizers imponierte anscheinend der Frau Generalsekretär mehr als die Umgangsformen des lungenkranken Herrn Gemahls. Die Saarbevölkerung lacht über diesen Kampf und denkt: „Würden sie nur alle mit dem Grafen zum Teufel gehen“.

Oder ist es übertrieben? Die schwarzen Damast-Bettbezüge, die der Herr Graf seinerzeit nach dem Schloß Halberg bringen ließ und die einen so wunderbaren Kontrast zu dem „Alabaster“ einer gewissen „Dame“ abgegeben haben sollen, hat der Herr Graf und „Kultusminister“ inzwischen scheinbar vergessen.

### Und dann Herr Hector!

Er ist die schönste Pflanze dieses Dreibunds. Er weiß, worauf es ankommt, um die „Interessen“ der Saargebietsbevölkerung auf Anweisung zu vertreten. Er will das Beste, aber „Briele, die — ihn nicht erreichen“, haben das so manches Mal verhindert. Er, als „Wohlfahrtsminister“ hätte so gern Aussprachen mit den berufenen Vertretern der Bevölkerung über Wohlfahrtsfragen gehabt, — aber entsprechende Briele „sind in der Wohlfahrtsabteilung nicht angekommen“ und ein andermal „hatte das Generalsekretariat formale Bedenken gegen die Weiterleitung des Schreibens gehabt“. Früher hatte Herr Hector auch schon Pech; die so sorgfältig angefertigte Übersetzung eines Beschlusses der Stadtverordneten von Saarlouis hat man in Paris und auch anderswo so aufgefächert, als seien die guten Saarlouiser alles waschechte Franzosen. Das hat Herr Hector aber gar nicht gesagt, sagt er! Und zum Beweise dafür verlagte er die „Saarbrücker Zeitung“, damit das Gericht entscheide, was er nun wirklich gesagt hat. Aber es hat noch kein Gericht gesprochen, da die Frage anscheinend schwer zu beantworten ist. Aber Hector ist ein guter Deutscher! Das hat er in seiner Eigenschaft als Saarlouiser Stadtverordneter bewiesen. Dort war von dem Kommunisten Koisfuchs eine Resolution eingebracht worden, wonach „die Stadt Saarlouis schärfsten Protest gegen die Besetzung des Ruhrgebietes erhebt, weil sie ein Unrecht ist und den vollständigen wirtschaftlichen Ruin Deutschlands herbeiführen muß.“ Des weiteren erhebt sie Protest gegen das Verbot der Saarregierung, nach welchem öffentliche Versammlungen im Saargebiet nicht abgehalten werden dürfen.“

Herr Hector aber stimmte gegen die Beschlusseinstellung über diesen Antrag und brachte ihn daher als einziger gegen alle anderen zu Fall. Die „Saarbrücker Zeitung“ meint dazu, Hector hätte sicherlich keine formellen Bedenken gehabt, wenn es sich um eine Resolution zugunsten Frankreichs gehandelt hätte. Genau so benahm sich der Stadtv. Sehr im Metzger Stadtrat. Aber Hector ist auch Gemütsmensch. In der Saarbrücker Stadtverordnetenversammlung wurde kürzlich ein Schreiben des „Ministers“ Hector verlesen. Darin werden unter Hinweis auf die bisherigen Leistungen der Wohlfahrtsabteilung für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen die Erstattung der von der Stadt im Dezember aufgewandten 10 Millionen für diese Kreise abgelehnt. Die Saarbevölkerung ist wahrlich stolz auf ihren Hector. Auch auf die Schützlinge der Saarregierung ist sie stolz. Da ist z. B.

### Herr Haller,

über dessen erfolgreiche Tätigkeit im Briefmarkenbrud in Paris wir kürzlich berichteten. Der Landesratsabgeordnete Karina wollte in der letzten Landesratsitzung Näheres über diesen Fall erfahren. Rohmann — auch ein hervorragender Vertreter der Saarregierung — ließ das aber nicht zu. Die „Volksstimme“ aber ist in der Lage, einiges von Herrn Haller mitzuteilen. Danach ist Haller Neufranzose, geboren im Elsaß, und wurde bereits vor dem Kriege im Dienste der deutschen Postverwaltung beschäftigt. Als die Saarregierung den Briefmarkenbedarf für das Saargebiet in Paris drucken ließ, wurde Haller zur Überwachung desselben nach Paris geschickt. Hier soll er sich zunächst gewisse Fehlbogen angeeignet haben, die er an Markenstammler vertrieb. Dann hätte er an Private solche zum Gebrauch verkauft; bald hatte er sich so sicher gefühlt, daß er schickliche Angebote mit 10 Prozent unter dem amtlichen Kurs machte. Eine Bank erhielt ein solches Angebot, mißtraute aber, übergab das Schreiben der Oberpostdirektion, die sofort eine Untersuchung einleitete und den Oberpostsekretär Dampf mit der Untersuchung beauftragte. In Paris soll man Haller noch 20 000—40 000 Franken abgeholt haben. Haller hatte schriftlich auf weitere Beschäftigung verzichtet. Er begab sich nach Schiltigheim, soll gegenwärtig aber im Saargebiet als Versicherungsagent tätig sein.

Dazu kommt nun

### Herr Zell.

Er stand kürzlich vor der Strafkammer wegen — Vergehens gegen § 175 des StGB. Die Verhandlung endete mit einer Verurteilung des Angeklagten zu zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis. Angesichts der Höhe der Strafe muß das Treiben des Zell schon einen ziemlich umfang gehabt haben. Zell war ein Schützling der Saarregierung, nur dadurch vermochte er sich zu halten. Als seinerzeit die „Volksstimme“ öffentlich auf das Treiben Zells, das ihn für seine Stellung unmöglich machte, hinwies, ging man nicht etwa gegen Zell vor, sondern strengte Klage gegen den verantwortlichen Redakteur an, die allerdings in sich zusammenbrach. Mit der Verurteilung Zells hat nunmehr dieser Fall seinen Abschluß gefunden.

Wer war Zell? Direktor des Lehrerseminars in St. Wendell. Er wurde auf diesen Posten über den Kopf des damaligen verantwortlichen Oberregierungsrats Marx berufen. Nach dem Wechsel in der Schulabteilung liefen mehrfach ernste Warnungen über die moralischen Qualitäten Zells ein; es stellte sich auch heraus, daß er den Doktor-Titel unbefugter Weise führte. Trotzdem behielt er seinen Posten, er behielt ihn nicht nur, sondern wurde sogar mit der Ausarbeitung eines Entwurfs zur Gestaltung der Landesstudienanstalten betraut. Und trotz der herben Kritik, die dieser Entwurf in der gesamten Lehrerschaft fand, kam er zur Einführung, weil er der weltlichen Orientierung der Schulverwaltung entgegenkam. Nun hat der Staatsanwalt gesprochen und damit ist Zell erledigt — leider viel zu spät!

### „Ich klage an!“

Unter dieser Überschrift findet sich in der deutschen Saarpresse eine Zufschrift, in der es heißt:

„Bevor ich das Band verlasse, in dem ich meine Jugendjahre zugebracht habe, in dem die Familien meiner beiden Eltern wurzeln, möchte ich der breitesten Öffentlichkeit darlegen, durch welche Mächenschaften im Saargebiet ein Mensch Heimat, Brot und berufslos über die Grenze gesetzt wird.“

Im Sommer vorigen Jahres hat mich im Einverständnis mit der Stadtverwaltung Fräulein Schweppe, die Leiterin des Lyzeums II (ehemaliges Lyzeum Kable), die seit Monaten verwaiste Jelfsen- und Handarbeitslehrerinnenstelle zu übernehmen. Am 18. September erhielt ich einen Einreisepaß und trat daraufhin mein Amt an. Einen Monat hatte ich bereits meine Tätigkeit ausgeübt, als ich eine Vorladung zur Schulabteilung der Mo-



gierungskommission erhielt, wo Herr Oberregierungsrat Colling mit mir verhandelte. Mit Verwunderung hörte ich aus seinem Munde einen Vorwurf gegen die Stadt, die mich ohne seine Genehmigung nach Saarbrücken hätte kommen lassen; es stünde durchaus nicht fest, ob die Regierungskommission mich beschäftigen würde. Dann begann ein hochnotpeinliches Verhör über meinen Vater, meine Mutter, meine Vorfahren, um festzustellen, ob ich eine wirkliche Saarländerin sei. Zwischen durch versuchte er mich über die Verhältnisse am Gymnasium auszufragen, wobei er meinte, es könne doch unmöglich befriedigend für mich sein, an solcher Schule zu unterrichten. In meinem Erschauen vernahm ich dann die amtliche Erklärung, ich sei gar keine Saarländerin und würde für Stellen im Saargebiet wohl nicht in Betracht kommen, es seien wirkliche Saarländer für solche vorhanden, ich sei schlichter Flüchtling. Meine Ausföhrung, ich wäre in die Heimat meiner Ahnen zurückgekehrt und glaube, als Deutsche ein Recht zu haben, in der Heimatstadt meiner Vorfahren mein Brot zu erwerben, zumal meine Mutter in bitterster Not sich befände, und auf meinen Verdienst angewiesen sei, nahm der Herr Oberregierungsrat adfelmig auf und entließ mich.

Bei neuem Besuch eröffnete mir Herr Colling, ich möge mich als nichtbeschäftigt betrachten. Zur Verlängerung meines Passvisums suchte ich die Passabteilung auf. Beim Betreten der Passstelle hörte ich nach Nennung meines Namens die Äußerung: „Das ist die Zeichenlehrerin!“ und nahm die Mitteilung entgegen, daß meinem Gesuche nicht stattgegeben werden könne, da eine Verfügung der Schulabteilung gegen mich vorläge, ich möge mich zwecks Aenderung oder Aufhebung an Herrn Colling wenden, der sie erlassen habe.

Mein drittes Vorgesprechen bei Herrn Colling hatte das kurze Ergebnis, ich möge meine Verhältnisse innerhalb vierzehn Tagen regeln, ich werde nicht beschäftigt. Meine Hinweise, daß ich nun stellungs- und brotlos würde, machten keinen Eindruck auf ihn. Eine erbetene schriftliche Entscheidung wurde mir verweigert, Herr Colling ließ mir sagen, er würde in dieser Sache nichts mehr tun.

So muß ich das Land meiner Ahnen verlassen, wo so viele Fremdlinge ein überreiches Brot, das Deutschen zukäme, essen. Gott schütze das deutsche Saargebiet! Berta Emmel.

Die „Saarbrücker Zeitung“ bemerkt hierzu u. a.:

„Wir haben oft genug auf das Widersinnige hingewiesen, das in dem Begriff „Saarländer“ liegt, hier zeigt sich das Krasse in hellstem Licht, das die Verletzung des Friedensvertrages, der das Saargebiet doch als deutsches Land beläßt, mit sich bringt. Tief traurig berührt es uns, daß nicht der französische Leiter der Polizeiverwaltung die Landverweisung erzwingt, sondern der deutsche Oberbeamte an der Schulabteilung der Saarregierung. Seine Verfügung an die Passabteilung bewirkte die Verdrängung aus dem Hause der notleidenden Mutter. Muß nicht jedem Deutschen die Schamröte ins Gesicht steigen, wenn er erkennt, daß Deutsche die Hand reichen, Deutschen den Heimatboden zu entziehen?“

Nach all diesen Vorgängen wird man sich den Namen des Herrn Colling gut merken müssen; es scheint, wir werden uns mit diesem Herrn noch des öfteren zu beschäftigen haben.

Überall und überall stößt man im Saargebiet auf die Spuren der Französisierungspolitik, gewissenhaft durchgeführt von der Saarregierung. Wo immer es eine Möglichkeit gibt, deutsche Zusammenhänge zu stören, da ist die Saarregierung schneidestens zur Stelle. Wir berichteten bereits von den Verboten von Ruhrkundgebungen durch die Saarregierung, daneben versuchten

#### französische Provokateure

der deutschen Sache zu schaden. Sämtliche politische Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, sahen sich daher veranlaßt, einen Aufruf an die gesamte Bevölkerung zu richten, in welchem es heißt:

„Infolge der vertragswidrigen Besetzung des Ruhrgebiets durch die Franzosen und Belgier hat sich naturgemäß auch der Bevölkerung des Saargebiets eine starke Erregung bemächtigt. Gewisse uns feindliche Elemente versuchen diese Erregung durch herausforderndes Benehmen zum Schaden unserer deutschen Sache auszunutzen.“

Wir erlauben daher die gesamte Bevölkerung des Saargebiets, gegenüber diesen Provokationen die äußerste Vorsicht anzuwenden und ihre bisherige Ruhe zu bewahren.“

Wo sich irgendeine Möglichkeit bietet, versucht

die Saarregierung die französische Ruhraktion zu unterstützen.

Sie entsandte, wie gemeldet, den Vorsitzenden des Oberbergamtes Saarbrücken, Berghauptmann Franzen (auch der französische Chefingenieur Daum von der Saargrubenverwaltung befindet sich im Ruhrgebiet) zu der französischen Ingenieurkommission ins Ruhrgebiet. Daneben bemühen sich auch, wie die „Volksstimme“ mitteilt, Grubenführer, Arbeiter der Saargruben zu ködern, um im Ruhrgebiet Verwendung zu finden. Dieselben sollen den entrechteten Ruhrbergleuten die Wohlthaten der französischen Berg-

verwaltung im Saargebiet nach besonderer Anordnung schildern, um dieselben für den französischen Imperialismus reif zu machen. (Wie viele Elemente sich gefunden haben, konnten wir bisher nicht feststellen.) Daneben ist, wie die „Deutsche Bergwerktagezeitung“ erfährt, die Saarregierung an die Schrottgroßhändler des Saargebietes herantreten mit der Anfrage, ob die Schrotthändler an der Saar bereit seien, die rheinisch-westfälischen Hüttenwerke mit Schrott zu beliefern, falls die französische Verwaltung die rheinisch-westfälischen Hütten in eigene Regie übernehmen und daraufhin die rheinisch-westfälischen Schrotthändler die Belieferung mit Schrott verweigern sollten. Dabei haben die Franzosen zum Ausdruck gebracht, daß sie für jede Menge Schrott, die von der Saar nach Deutschland geliefert werde, eine entsprechende Menge aus Frankreich nach der Saar hereinlassen würden.

Es ist leider nicht bekannt geworden, welche Antwort die Schrottgroßhändler an der Saar erteilt haben.

Einen sehr merkwürdigen Standpunkt vertrat eine Versammlung des Wohnungsbauverbandes der Gemeinden des Saargebiets, der sich zur Aufgabe gemacht hat, Wohnungen zugunsten der Bevölkerung zu errichten. Bisher hat er auf diesem Gebiete sehr wenig getan. In dem Bauprogramm für 1923 ist nun bemerkenswert die Anforderung, in den Grenzgemeinden, den Kreisen Saarlouis und Merzig, 400 Wohnungen zu errichten, weil in diesen Bezirken die Wohnungsnot besonders groß geworden sei. Zugegeben wurde dabei, daß diese Wohnungsnot vor allem der Anwesenheit der Zollbeamten zuzuschreiben ist. Die Anforderung von 400 Wohnungen, die einen beträchtlichen Teil der Gesamtzahl der zu errichtenden Wohnungen darstellen, deutete jedoch allzu sichtbar auf den Wunsch hin, für die bei der Zollabschnürung im Jahre 1923 benötigten Zollbeamten

#### Häuser aus Mitteln der Allgemeinheit zu errichten.

Mit Recht wies Dr. Grein-Neunkirchen darauf hin, daß der Wohnungsbauverband nicht die Pflicht habe, aus seinen Mitteln eine Wohnungsnot zu beseitigen, die nicht organisch, d. h. durch Bevölkerungszunahme und Eheschließung entstanden sei. Es sei Pflicht der französischen Zollbehörde, für ihre Beamten gleich der Bergverwaltung Wohnungen zu errichten. Der mehrfach unangenehm aufgefallene Oberregierungsrat Ruchenbender als Versammlungsleiter legte sich für den Bau der Zollwohnungen sehr ins Zeug, da die französische Zollverwaltung, abgesehen von der Vergütung und Amortisation, eine Erstellung auf ihre Kosten abgelehnt habe. Auch Landrat Friedrich-St. Wendel zeigte bei der Vertretung des Standpunktes der Verbandsleitung einen merkwürdigen Eifer. Er bemerkte, der Bau von Zollwohnungen liege einzig und allein im Interesse der Bevölkerung, da die frei werdenden Wohnungen doch für sie zur Verfügung stünden. Dr. Grein konnte sich mit solchen Auffassungen nicht zufrieden geben. Das Saargebiet habe kein Interesse an einer Zollabschnürung, und wenn es indirekt gezwungen werde, die Kosten dafür aufzubringen, so müsse dagegen Einspruch erhoben werden. Oberregierungsrat Ruchenbender betonte darauf noch einmal mit Nachdruck, daß die Zollbehörde die Kostenübernahme abgelehnt habe. Die Verbandsversammlung glaubte schließlich im Interesse der Bevölkerung nachgefragt der Vorlage zustimmen zu müssen. Wir haben also nun den erfreulichen Zustand, daß die Bevölkerung für die Franzosen Wohnungen bauen muß, wenn sie die unliebsame Einquartierung los sein will!

#### Die kommende Volksabstimmung im Saargebiet

Am in der letzten Stadtverordnetenversammlung zu Saarbrücken zur Sprache. Bürgermeister Dr. Reites berichtete über die bereits eingeleiteten Vorarbeiten. Bekanntlich hat der Völkerrundrat in seiner vorletzten Sitzung einen Schweizer zum Kommissar für die Volksabstimmung im Saargebiet ernannt. Dieser wollte vor einiger Zeit im Saargebiet und nahm mit den Staats- und Kommunalbehörden Fühlung. In einer Konferenz klärte er diese über die Dokumente auf, die für die Vorbereitung der Volksabstimmung im Jahre 1935 von Wichtigkeit seien. Es handelt sich um eine ganze Anzahl von Dokumenten, wie Ständesamts- und Meldelisten, Personenstandsaufnahmen, Statistiken usw., die der Völkerrundrat als für die Feststellung der Wahlberechtigung von Belang erachtet. Die Behörden wurden schon jetzt für die feierliche und diebesicherte Aufbewahrung dieser Dokumente verantwortlich gemacht. Besondere Wessungen und Richtlinien in dieser Richtung werden nach Ankündigung des Wahlkommissars noch ergehen. Entgegen einer viel verbreiteten Auffassung, daß der in § 34. Kap. 8 der Anlage zu Abschnitt 4 des Versailler Vertrages für die Abstimmungsabstimmung maßgebende Termin der 11. November 1918 sei, stellte Bürgermeister Dr. Reites fest, daß zweifelsfrei nur der 28. Juni 1919, der Tag der Unterzeichnung des Friedensvertrages, in Frage komme. Der dritte



Abjakt des § 34 lautet: „Stimmberechtigt ist ohne Unterschied des Geschlechts jede zur Zeit der Abstimmung 20 Jahre alte Person, die bei Unterzeichnung des Vertrages in dem Gebiete gewohnt hat.“ Der vielverbreitete Irrtum dürfte damit endgültig ausgeräumt sein.

#### Achtung! Briefspionage!

Die „Frankfurter Ztg.“ meldete in Nr. 99 vom 7. Februar: „Französische Kontrolleure haben in den letzten Tagen in Höchst a. M. die Postwagen der Züge kontrolliert und die Briefschaften, die für das Saargebiet bestimmt waren, mitgenommen.“

Das Blatt fragt: Mit welchem Recht geschieht ein solcher Eingriff? Was gedenkt die Regierungskommission, Abteilung für Post und Verkehrswesen, zu tun, um solche Eingriffe in die ordnungsmäßige Beförderung der Post für das Saargebiet und eine Gefährdung des in allen Kulturstaaten gewährleisteten Briefgeheimnisses zu verhindern?

Wir antworten: Gar nichts, da diese Briefkontrolle mit Willen und Wissen der Saarregierung erfolgt ist.

Die Besatzungsbehörde wagt sich im vertragsmäßig und widerrechtlich besetzten Gebiet das Recht der Briefkontrolle an. Die Ueberwachung sollte ursprünglich ganz unermutet ein und kann deshalb für die Betroffenen unangenehme Ergebnisse haben. In einzelnen Fällen geht die französische Behörde sogar soweit, eine geheime Ueberwachung vorzunehmen, d. h. die von der Zensur geöffneten Sendungen nicht äußerlich kenntlich zu machen. Von dieser Geheimzensur sind besonders Sendungen von und an Behörden und von da an Handelsfirmen und industrielle Werke erfaßt worden. Diese Zensur wird im ganzen besetzten Gebiet ausgeübt und selbstverständlich beteiligen sich daran auch die „Garnisonstruppen“ im Saargebiet, obgleich sie angeblich nicht der Rheinarmee, sondern dem französischen Kriegsminister direkt unterstehen.

Während die französischen politischen und wirtschaftlichen Spione und die französischen Agenten und Loslösungspolitik im Saargebiet ungehindert ein- und ausgehen, ist die Saarregierung ängstlich bemüht, alle Personen, die aus dem Osten kommen, vom Saargebiet fernzuhalten. So hatte die Bezirksleitung des Verbandes der Bergarbeiter bei der Regierungskommission um die Aufenthaltsgenehmigung ihres Verbandsvorsitzenden Hulemann für drei Tage zur Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten ersucht. „Die hohe Völkervereinigung“ hat als Hort völkervereinigungsfreier Freiheit die Einreiseerlaubnis ins saarabische Paradies abgelehnt. Christlichen Gewerkschaftlern bleibt also der Eintritt ins Saargebiet, wenn auch nur für 3 Tage, verboten. Schleier und sonstige Vorkurven haben den Vorzug.

Die Mitglieder des Landesrats sowie des Studienausschusses erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung von 350 Franken. Die Vorsitzenden des Landesrats und des Studienausschusses erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung von 600 Franken.

#### Kein Karneval 1923!

Als weitere Vereine, die beschlossen haben, in diesem Jahre von allen karnevalistischen Veranstaltungen Abstand zu nehmen, werden uns genannt: Männergesangsverein „Saargold“, Männerchor Saarbrücken und Vereinigung geselliger Freunde Saarbrücken. Der letztgenannte Verein schreibt: „Wir erachten es als selbstverständlich, daß sämtliche deutschen Vereinigungen im Saargebiet von derartigen Veranstaltungen Abstand nehmen.“

## An die Bezieher von Freistücken des „Saar-Freund“ durch die Post.

Die hohen Druck- und Papierkosten zwingen uns bei der außerordentlichen Geldentwertung zur größten Sparsamkeit, so daß wir infolgedessen die durch die Post überwiesenen Freixemplare vom 1. April ab

### nicht mehr zum Versand bringen können.

Wir haben dem Postzeitungsamt entsprechende Anweisung zugehen lassen und dürfen wohl der Hoffnung Ausdruck geben, daß alle bisherigen Bezieher dieser Freixemplare in Zukunft den „Saar-Freund“ bei ihrem zuständigen Postamt bestellen und gegen Bezahlung auch weiter beziehen werden.

Schriftleitung und Verlag des „Saar-Freund“.

## Kleine Tageschronik.

Der Stapellauf des Dampfers „Saarbrücken“ der Hamburg-Amerika-Linie findet im Mai 1923 und die Probefahrt anfangs September 1923 statt. — Das zuständige amerikanische Konsulat für das Saargebiet befindet sich in Koblenz, Viktoriastraße 24. — Ein Waggon mit Mehrgereismaschinen im Werte von 30 Millionen Mark wurde in der letzten Sitzung des Sondergerichts zugunsten der Landesfassen eingezogen. Ein lothringischer Schleier hatte mit Hilfe eines saarländischen Geschäftsfreundes versucht, diese Maschinen von Offenbach über das Saargebiet nach Straßburg zu verschleusen. Der Straßburger Schleier, der seinerzeit gegen Kaution von 5 Millionen Mark auf freiem Fuß belassen wurde, hatte sich zur Hauptverhandlung nicht gestellt, so daß seine Kaution für verfallen erklärt wurde. Sein Geschäftsfreund aus Saarbrücken, der die Waren gegen Berechtigungschein aus Deutschland für das Saargebiet bezogen hatte, und die dann ohne umzuladen, direkt nach Straßburg weitergehen sollten, erhielt wegen Beihilfe zu dem Schleiergeschäft 1 Million Mark Geldstrafe.

Kleinblittersdorf. Für die Instandsetzung der katholischen Kirchenglocke wurde dem kaum 17jährigen, beim Werstattentamt Saarbrücken-Burbach beschäftigten Schlosserlehrling Karl Finck vom Kirchenvorstande hier selbst eine Belohnung bewilligt. Die Leistung des jugendlichen Meisters ist um so anerkennenswerter, weil sich seit Jahren viele Handwerker und auch Meister, leider aber vergebens, um das richtige Geh- und Schlagwerk dieser Uhr bemühten.

Billingen. Tödlich verunglückt ist der Maschinist M. Ewen aus Bous auf dem hiesigen Werk. Durch einen abstürzenden Zylinderdeckel erlitt derselbe einen Halswirbelsbruch. Ewen war verheiratet und hinterläßt ein Kind unter 14 Jahren.

Besatz. Das Haus des pensionierten Eisenbahnbeamten Merzerath ging für den Preis von 25200 Franken (nach dem heutigen Kurs etwa 38 Millionen Mark) in anderen Besitz über.

Mettlach. In der hiesigen Pfarrkirche wurde ein Einbruch verübt. Der eiserne Tabernakel widerstand den Räubern. Dagegen wurden die Eiserntabernakel hinter dem Altar erbrochen, die zu den Reliquienbehältern führten. Der große Reliquienbehälter, der die Gebeine des hl. Ludwicus enthält, war herausgenommen, aber unversehrt geblieben. Die beiden Armreliquien, aus dem 13. Jahrhundert stammend, und die kunstvoll gefasste Trinkschale des hl. Ludwicus waren verschwunden, fanden sich aber später in einer Nische der Kirche zertrümmert und aller Silberteile beraubt. Glücklicherweise fanden sich auch die von den Einbrechern verunehrten Reliquien am Boden zerstreut wieder, die ein gut Stück Mettlacher Geschichte bedeuten.

Merzig. Wie bereits bekannt, werden auf den Bahnhöfen St. Wendel, Merzig und Homburg usw. gegen den Einspruch des Landrats größere Zollanlagen gebaut. Die Länderellen sind bereits erworben und die Vorarbeiten werden demnächst in Angriff genommen. Zur örtlichen Leitung und Beaufsichtigung für die Bauarbeiten wurden vom 15. Januar besondere Bauaktionen in Merzig, St. Wendel und Homburg errichtet. Die Bauaktion Merzig, deren Leitung Regierungsbaumeister Terkessie übernimmt, umfaßt den Bau der Zollanlagen Merzig, Mettlach und Limbach (Kr. Saarlouis). Die Leitung der Bauaktion St. Wendel hat Regierungsbaumeister Wiener und umfaßt die Zollanlagen St. Wendel und Rimborn. Die Bauaktion Homburg leitet Regierungsbaumeister Engelhard, sie umfaßt den Bau der Zollanlagen Homburg, Einöd und Jägersburg.

Dillingen. Der neunjährige Sohn der Familie Wilsch. Gergen geriet unter das Hinterrad eines Kutschenwagens, wobei er so schwer verletzt wurde, daß er sofort tot war. — Hier ist ein Arbeiter der Schlafkrankheit erlegen.

Saarlouis. Mit dem 1. Februar ist das Landesversicherungsamt für das Saargebiet, dessen Geschäftsräume sich bis zu diesem Zeitpunkt im Neuen Landgericht bei der Regierungskommission in Saarbrücken befanden, nach Fertigstellung der Büroräume nach Saarlouis übergeleitet. Die Büroräume befinden sich in der ersten Etage der Kaserne 4 (Kleiner Markt). Mit der Verlegung dieser Behörde nach Saarlouis ist dieses der Sitz der auf dem Gebiete der sozialen Versicherung bestehenden höchsten Instanz geworden. Auch das Versorgungsamt Saarlouis — bisher in Merzig — ist mit dem 1. Februar 1923 nach Saarlouis 1 verlegt. Die Büroräume befinden sich ebenfalls in Kaserne 4 (Beaucellier) am Kleinen Markt, und zwar im Erdgeschoß.

Neunkirchen. Der Oberförster Schulz, der mit dem Forstleuten Röder das Revier beging, traf abends mit Wilderern zusammen, wobei Forstleut Röder durch einen Kugelschuß in den Arm getroffen wurde. Oberförster Schulz ließ darauf den von ihm bereits gefassten Wildbief los, der sich hüfte und nach seinem Gewehr griff; er kam dem Wildbief zuvor und gab einen Schrotschuß ab, der den Angreifer in den Bauch traf und ihn tötete, worauf die beiden anderen die Flucht ergriffen. Der Getötete ist der Bergmann Hau aus Münchewies, die beiden Flüchtigen wurden als die Brüder des Getöteten ermittelt und festgenommen.

Ottweiler. Ein Freund der Feuerbestattung hat einen größeren Platz zur Errichtung eines Krematoriums zur Verfügung gestellt.



### Personalnachrichten.

**Von der Eisenbahn.** Versetzt wurden: Gütervorsteher Dörrenbacher von Böttlingen nach Saarbrücken H.-B. (Güterabf.); Oberstationsmeister Peter Ullrich von Schwarzenader und Stationsmeister W. Kehr von Würzbach nach Homburg (Saar); Stationsmeister A. Hock von Rohrbach nach Homburg (Saar); Wertmeisterspizant Weidner von Saarbrücken nach der Reichsbahndirektion Trier. — Dem Regierungsbaumeister Steinbauer wurde die Verwaltung des Betriebsamtes 1 und dem Regierungs- und Baurat Sievert die Verwaltung des Betriebsamtes 2 Saarbrücken übertragen.

**Kirchliche Personalien.** Es wurden ernannt: die bisherigen Pfarrvikare als Pfarrer: Josef Dieblang zu Hangard, Jakob Schommer zu Hostenbach, Johann Hed zu Münchwiess, Wilhelm Wein an St. Vinzenz zu Neunkirchen, Saar; der Kaplan an St. Josef zu Saarbrücken 2, Franz Hell, als Pfarrer der neu errichteten Pfarrei Saarbrücken-Ruhhütte; Oekonom des Bischöfl. Priesterseminars zu Trier, Johann Willems, als Pfarrer von Emsdorf. — Es erhielten Anweisung: der Kaplan zu Brebach, Peter Schmitt, unter Zurücknahme der Ernennung für Bendorf, als Kaplan zu Brotdorf; der Kaplan zu Brotdorf, Peter Weber, als Kaplan zu Wadrill. — Es erhielten die Subdiakonatsweihe: die Seminaralumni Dör Peter von Ureweiler, Gerzen Johannes von Kerprichhemmersdorf, Rießer Johannes von Illingen, Rießer Viktor von Heiligenwald, Korne Peter von Roden, Krassowski Felix von Neunkirchen; Lermen Peter von Theley, Scheid Georg II von Hasborn, Wagner Simon von Filzen (Saar), Wolf Johannes von Büren (Saar).

**Fritz Steuer sen. in Friedrichsthal** ist am 27. Januar nach einem arbeits- und legensreichen Leben im nahezu vollendeten 80. Lebensjahre gestorben. Er war einer der immer seltener werdenden Kriegsveteranen von 1866 und 1870/71 und mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse von 1870 und mit dem Kronenorden 4. Klasse ausgezeichnet. Der Verstorbene war weit über die Grenzen seines Heimat- und Wirkungsortes hinaus eine bekannte Persönlichkeit. Regen Anteil nahm er an dem Aufblühen der Gemeinde Friedrichsthal; fast seine ganze freie Zeit widmete er der Arbeit für die Gemeinde. 40 Jahre gehörte er dem Gemeinderate an, 18 Jahre war er Beigeordneter der Gemeinde, wofür ihm im Jahre 1919 eine Ehrenurkunde überreicht wurde. Ferner wirkte er viele Jahre als Waisenrat. Auch dem Feuerlöschwesen widmete er seine Kraft und gründete im Jahre 1875 die Freiwillige Feuerwehr Friedrichsthal, der er lange Jahre als Oberbrandmeister, zuletzt als Ehrenoberbrandmeister vorstand. Vor dem großen Weltkrieg widmete er sich mit ganzer Seele auch dem Kriegervereinswesen; dem Kriegerverein Friedrichsthal-Bierstadt gehörte er zuletzt als Ehrenvorsitzender an. So ist ein alter verdienstvoller deutscher Mann dahin gegangen, der auch in der schweren Zeit nach dem unglücklichen Kriege nur das Beste seiner Heimat und seines deutschen Vaterlandes erstrebte. Ehre seinem Andenken!

**Ein verdienstvoller Zentrumsabgeordneter des Saargebietes**, der Kaufmann Edward Fuchs ist am 28. Januar im 79. Lebensjahre in Köln verstorben. Er vertrat das Zentrum im Reichstag für den Wahlkreis Ottweiler-St. Wendel-Meisenheim von 1903 ab bis 1908; dem preussischen Landtag gehörte er für den Wahlkreis Wittlich-Berndorf von 1876 bis 1885 an. Im Jahre 1908 zog er sich aus Gesundheitsrücksichten — ein bösartiges Augenleiden, das sich in den letzten Jahren bis zur völligen Blindheit steigerte, hatte ihn befallen — aus dem politischen und überhaupt aus dem öffentlichen Leben zurück. Fuchs war ein echter Sohn des Rheinlandes. Nach dem Besuch des Gymnasiums widmete er sich dem Kaufmannsstande. In den Feldzügen 1866 und 1870/71 focht er als Offizier und erwarb sich dabei das Eisene Kreuz. Als Parlamentarier und vor allem als Versammlungsredner wirkte er durch seine oft von rheinischem Humor durchtränkte volkstümliche Redeweise.

Sein 25 jähriges Amtsjubiläum als Schriftleiter beging der jetzige Hauptschriftleiter der „Saarbrücker Zeitung“ Otto Eder. Der Jubilar ist eine im Saargebiet und darüber hinaus bekannte Persönlichkeit, die engstens mit der neuzeitlichen Entwicklung der „Saarbrücker Zeitung“ verwachsen ist. Nachdem unter dem Zwang französischer Gewaltmaßnahmen der langjährige Chefredakteur des Blattes, Albert Zühke, die Leitung niederlegen mußte, übernahm diese Herr Eder, um sie durch mancherlei Klippen nunmehr schon zwei Jahre mit Geschick und abgemessener Vorsicht zu leiten. Manch guter Artikel zur Vertretung des Deutschtums entstammt seiner Feder. Möge es Herrn Eder vergönnt sein, noch den Tag der Abstimmung und Abrechnung im Saargebiet zu erleben.

Ein seltenes Berufsjubiläum konnte der Eisenbahn-Bauinspektor Fritz Martin begehen, der vom 13. Januar 1873 bis

zum heutigen Tage ununterbrochen (abgesehen von seiner Militärzeit bei den Saarbrücker Mänen) in der Saarbrücker Eisenbahnwerkstätte tätig gewesen ist. In 50jähriger Berufserfüllung ist Herr Martin seinen Arbeitskollegen und Untergebenen zum Vorbild eines pflichtgetreuen Mannes geworden. Er wurde mit dem Allgemeinen Ehrenzeichen, dem Kriegsverdienstkreuz sowie mit verschiedenen Dienstauszeichnungen geehrt. Möge es dem wackeren Eisenbahner, der sich auch in der Bürgerkastei allgemeiner Beliebtheit erfreut, vergönnt sein, noch weiterhin an der Stätte seiner Wirksamkeit in alter Rüstigkeit zu stehen.

**Hauptlehrer R. Aug. Müller in Brebach** ist nach kurzem, schweren Leiden in seinem Heimort gestorben. Als Jugendbildner wie als aufrechter deutscher Mann hat er segensreich für Volk und Gemeinde gewirkt. In Lehrerkreisen genöß er großes Ansehen, da er stets für die Interessen des Lehrerstandes seine ganze Persönlichkeit einsetzte.

**Bekanntes Examen.** Der Architekt R. Marx vom Reichsvermögensamt in Bonn (früher Militärneubauamt in Saarlouis) hat bei der Reichsvermögensverwaltung in Koblenz das Oberregierungsbaufachprüfungsexamen bestanden.

**Goldene Hochzeit.** Der Gerber Karl Lion und seine Ehefrau Barbara, geb. Martin, aus Saarlouis 2, begingen am 2. Februar das Fest ihrer goldenen Hochzeit. Der Jubilar ist ein Gerber von dem alten Schläge und der letzte Vertreter der bekannten Rodener Gerberkunst.

**Todesnachrichten.** Mehrgemeister Georg Ader; Anni Stejses, 19 Jahre; Flieger-Leutnant v. R. Oskar Heinrich, 26 Jahre; Lehrer i. R. Wilhelm Kraß; Friedrich Mersch, 29 Jahre; Frau Witwe Sophie Reutler, geb. Odon; Frau Maria Gottschall, geb. Jung, 25 Jahre; Malermeister Franz Schäfer sen., 65 Jahre; Elise Jost, geb. Arz, 23 Jahre; Frau Witwe Marie Schaffhäuser, geb. Meisch, 74 Jahre; Heinrich Berghoff, 49 Jahre; Hilfskassener Ludwig Hien, 37 Jahre; Rosa Gertrud Rirschbaum, 3 Jahre, sämtlich in Saarbrücken. — Willy Schmitt, 17 Jahre, in Wadrill. — Frau Moritz Thome, Magdalena geb. Ferdinand, 72 Jahre, in Altkessel-Neudorf. — Sophie Rieder, geb. Wagner, Maschinenführer a. D. Heinrich Deutsch, 78 Jahre, beide in Altkessel. — Wilhelm Euler, 70 Jahre, in Jenne. — Gertrud Marx, Mitglied der St. Agnes-Congregation, 19 Jahre; Penf. Bergmann Heinrich Schmitt, Witwer von Maria, geb. Rolles, 57 Jahre, beide in Böttlingen. — Gastwirt Joh. Fischer, 54 Jahre, in Ueberherrn. — Frau Johann Thinner, 84 Jahre, in Riegelsberg. — Peter Rupp, 70 Jahre, in Guldenbach. — Frau Magdalena Ursenbach, geb. Schwob, 74 Jahre, in Herrensohr. — Schlossermeister und Kaufmann Georg Baum, 78 Jahre, in Dudweiler. — Friedrich Enders, 35 Jahre, in Guirschind. — Rudolf Rieple, 74 Jahre, in Sulzbach. — Bierverleger Matthias Schorr, 75 Jahre, in Dilsburg. — Christian Borschel, 73 Jahre, in Elversberg. — Frau Witwe Sophie Rieder, geb. Voll, 55 Jahre, in Buchenschachten. — Frau Elisabetha Gros, geb. Rohlund, 49 Jahre; Penf. Bergmann Jakob Schild, 72 Jahre; Elmire Sulzbacher, geb. Zimmermann; Frau Witwe Lina Hütt, geb. Müller, 60 Jahre; Frau Jakob Seibert, Maria geb. Mohr, 75 Jahre; Frau Witwe Andreas Arnold, geb. Hopstädter, 75 Jahre; Elise Schramm, geb. Greßer; Penf. Grubenaußener Ludwig Trompeter, Inhaber des Allgemeinen Ehrenzeichens, 70 Jahre; Frau Luise Eisenbeis, geb. Müller, 66 Jahre; Gertrud Leiser, 5 Jahre, sämtlich in Neunkirchen. — Emilie Müller, 17 Jahre; Frau Paul Werno, 32 Jahre; Penf. Bergmann Christian Zeiger, 80 Jahre, sämtlich in Wiebelskirchen. — Frau Witwe Karl Blech, Christine, geb. Unvericht, 73 Jahre; Hugo Sticher, 20½ Jahre, beide in Ottweiler. — Frau Witwe Michel Rothschild, 65 Jahre, in St. Wendel. — Frau Witwe Claudius Harny, Maria, geb. Dillschneider, 85 Jahre; Fräulein Pauline Friß, Näherin, 41 Jahre; Frau Witwe Peter Paulus, Maria geb. Riff, 73 Jahre, sämtlich in Saarlouis. — Martha Garti, geb. Bell, 24 Jahre; Fräulein Lina Harisuf; Frau Oswald Jaeger sen., geb. Katharina Buchmann, Mitglied des katholischen Mütter-Vereins, 75 Jahre, sämtlich in Merzig. — Gastwirt Jakob Rohe, in St. Ingbert. — Ludwig Löw, Betriebsleiter in Olpe (Westf.), in Homburg. — Karl Rothhaar, 73 Jahre, in Oberbach. — Frau Luise Brüntholz, Witwe, 72 Jahre, in Mittelbach. — Eisendreher Christian Klein, 63½ Jahre, in Trheim. — Witwe Maria Grimm, geb. Hunsicker, in Rimschweiler. — Baumaterialienhändler Joseph Niedhammer, 71 Jahre, in Kaiserslautern. — Frau Fanny Strebel, geb. Harteneck, 63 Jahre, in Zweibrücken.



## Vom Bund „Saar-Verein“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

Rundgebung für das Saargebiet in Dresden. „Die Arbeitsgemeinschaft für das Grenz-, Kolonial- und Auslandsdeutschum hatte“, so berichtet der „Dresdener Anzeiger“, „einen ausgewiesenen Saarländer, den Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin zu einem Vortrag über „Das Saargebiet unter französischer Fremdherrschaft“ aufgefordert, ein Vortrag, der, wie die große Zuhörerschaft bewies, starkes Interesse in Anspruch nahm und verdiente, denn er gab uns die Gewißheit, daß das ferndeutsche Saarland, soweit es an seinen treudeutschen Bewohnern liegt, niemals vom Mutterlande losgerissen werden kann, trotz der Peitschen und des Zunderbrotes, mit denen es von den Franzosen traktiert wird. In jedem deutschen Hause, so führte der Vortragende aus, sollte ein Plakat hängen: „Gedenket des Schmachfriedens von Versailles“, dem wir zum Opfer gefallen sind. Denn vom Waffenstillstand bis heute hat das Betragen des Volkes nicht aufgehört. Wir wären nicht schlimmer daran gewesen, wenn wir den Vertrag nicht unterzeichnet hätten und hätten Milliarden an Volksvermögen gespart. Denn die Besetzung des Ruhrgebietes wäre doch gekommen, und wenn wir alle Forderungen der Franzosen erfüllt hätten. Jetzt hat die Besetzung des Ruhrgebietes eine andere Luft geschaffen. Das Interesse für die besetzten Landestelle ist endlich im deutschen Volke wachgerufen. Das hat man im Saargebiet mit unendlicher Freude begrüßt, dem die Franzosen nach der Besetzung, als im deutschen Vaterlande alles drunter und drüber ging, zugerufen hatten: Was wollt ihr noch vom deutschen Vaterland, und das sie durch eine nichtsnutzige und gemeine Propaganda für sich zu gewinnen suchten. Der Griff Frankreichs nach den Saargruben lag schon in ihrem Kriegsplan. Das Saargebiet ist urdeutsch und gehört zu Preußen, seitdem preußisch-deutsche Geschichte geschrieben wird. Auch seine Arbeiterbevölkerung ist urdeutsch, frei von fremden Elementen. Die Abgrenzung des Saargebietes erfolgte in Paris rein nach geologischen Gesichtspunkten, so daß sie die ganzen Kohlenvorkommen von 17 Milliarden Tonnen einschließt. Im Kohlenbergbau sind 70 000 Arbeiter, in den Eisenhütten 40 000 beschäftigt. Der vaterländische Saarfelerlag war der Tag von Spichern. Genau so wie in das Ruhrgebiet sind die Franzosen auch vor vier Jahren in das Saargebiet eingezogen — bunt und theatralisch, wie der Zirkus Barnum. Direktor Vogel entwarf dann erschütternde Bilder von den Leiden der Besetzung, unter denen als das entsetzlichste die schwarze Schmach empfunden wird. Deshalb ist der Haß, der gegen die Franzosen herrscht, im tiefsten Herzen der Saarländer verankert und kann nicht etwa als übertriebener Nationalismus bezeichnet werden. Der Völkerbund ist für den Saarländer eine G. m. b. H., über den er lacht, ein blindes Werkzeug der Franzosen. Für das Saarland ist die Abstimmung für Deutschland bereits durch die Landesratswahlen erfolgt. Das Saarland ist deutsch und wird es ewig bleiben! Brausender Beifall folgte dem Vortrage, der durch Vorführung einer Reihe von Lichtbildern aus dem Saarlande einen wirkungsvollen Abschluß fand.“

Der Vorsitzende des Bundes „Saar-Verein“, Oberlandesgerichtsrat Andres-Naumburg hatte aus Anlaß des französischen Überfalls auf das Ruhrgebiet zu einer Rundgebung in Naumburg aufgerufen. Er führte in seiner Ansprache nach dem „Naumburger Tageblatt“ u. a. aus: Der alte deutsche Erbfeind hat in Mißachtung der deutschen Staatshoheit, des Friedensvertrags und des Völkerrechts das Rückgrat unserer Wirtschaft im Westen mit Waffengewalt betreten, um seine Bodenschätze sich dienstbar zu machen und die Bevölkerung als Sklaven für sich arbeiten zu lassen. Die Auslegung, die Frankreich dem Schmachvertrag von Versailles zu geben versucht, ist rechtlich völlig unhaltbar. Sie würde eine Schuldschuld nach freiem Gutdanken des Gläubigers bedeuten, ist also als den guten Sitten widersprechend zu verwerfen. Der Sieger kniet noch jetzt unbarmherzig auf dem Besiegten und raubt ihm den letzten Besitz aus der Tasche. An uns ist es, uns dagegen zu wehren. Daß wir ein freiheitsliebendes Volk sind, das ist seit unserm Zusammenbruche oft bezweifelt worden wegen der Leichtgläubigkeit, mit der wir auf den Belm gingen, wegen der Leichtfertigkeit, mit der wir uns dem Willen des Siegers beugten, wegen der Harmlosigkeit, mit der wir uns über Verfassungen und über Wirtschaftsfragen stritten, während die Feinde uns das Fell über die Ohren zogen und wegen der Teilnahmslosigkeit, mit der wir der Knechtung des besetzten Gebietes zusahen. Und doch beweist unsere Geschichte, daß wir ein freiheitsliebendes Volk sind, und unser am meisten verehrter Dichter ist Schiller mit seiner glühenden Freiheitsliebe. Wie schwer selbst unsere Brüder unter dem Joch der Knechtschaft und dem Druke der Fremdherrschaft, der

auf ihnen lastet! Und wie entschlossen und mutig bekennen sie allen Gefahren zum Trotz ihr Deutschtum, ihre Sehnsucht nach Befreiung! Wer tagtäglich diesen Freiheitskampf verfolgt, der wird freudig bejaßen: wir sind ein freiheitsliebendes Volk! Aber wir müssen die Schwungkraft aufbringen, in Zeiten äußerster Bedrängung uns über die Gegensätze hinwegzusetzen und über den kleinen Beschwerden und Gefahren, die den Idealen des Einzelnen drohen, die große gemeinsame Gefahr auch gemeinsam bekämpfen. Der Monarchist und Republikaner, der Kapitalist und Sozialist, der Unitarier und Föderalist, sie alle sollten ihre Meinungsverschiedenheiten vertagen hinter der einmütigen Erklärung des Willens zum Widerstande gegen die Gewalt und hinter der Entschlossenheit, auszuharren trotz aller Folgen. Darüber müssen wir uns klar sein: noch stehen wir allein in der Welt, noch sind dem Feinde tausend Möglichkeiten gegeben, uns zu zermürben. Da heißt es, die Zähne aufeinanderzubehalten, in fester Ausdauer und dabei auch froher Hoffnung auf kommendes zu ertragen, was das Wohl des Vaterlandes von uns verlangt. Noch nie hat ein Volk in der Geschichte nach so schweren Zeiten, wie der 30jährige Krieg für uns war, in wenigen Jahrhunderten wieder eine solche Höhe geistiger Kultur und staatlicher Macht erklommen wie Deutschland. Nur wenn wir selbst uns aufgeben, gehen wir unter. Im Kampfe gegen die Zwingherrschaft mögen uns die unvergeßlichen Streiter ein Vorbild sein, die im Weltkriege für das Vaterland ausjagten und nun in fremder Erde ruhen. Egriffen lauschte die Zuhörerschaft diesen Ausführungen, die zwar die Trauer über das nationale Unglück doppelt empfinden ließen, aber auch den Mut zum Ausbilden im Widerstande stärkten. Die den Ratskelleraal bis auf den letzten Platz füllende Versammlung stimmte hierauf einstimmig einer Entschließung zu, in der es heißt: „Die Einwohnerschaft Naumburgs erhebt schärfsten Einspruch gegen die rechtswidrige Besetzung des Ruhrgebietes durch Franzosen und Belgier. Sie gelobt, die Reichsregierung in ihrem Widerstande gegen diesen unerhörten Gewaltakt zu unterstützen und die Opfer und Entbehrungen auf sich zu nehmen, die der Widerstand zur Folge hat. Sie bezeugt der Bevölkerung des besetzten Gebietes ihre warmste Anteilnahme und vertraut darauf, daß sie treu trotz aller Prüfungen und Versuchungen ausharrt.“

Bund Saar-Verein, Ortsgruppe Halle/S. Unsere Ortsgruppe kann mit berechtigtem und freudigem Stolz auf den Verlauf ihres am 7. Februar stattgefundenen Vortragsabend im Audimax der Universität zurückblicken. Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Boreksh führte in seinem Vortrag „Deutsch und welsch im Saargebiet“ einen (für uns recht bitteren) Beweis für die Wahrheit des Treitschke-Wortes: „Menschen und Völker ändern ihren Charakter nicht.“ Ausgehend von der schicksalsschweren Bedeutung der letzten Wochen zeigte er, wie die Vorgänge in Westdeutschland so recht bezeichnend für das Wesen der Franzosen seien. In der Pose eines Anwaltes der Gerechtigkeit der „Justice“, die er dauernd im Munde führt, hat er die „vorübergehende Maßnahme“ der Besetzung des Ruhrgebietes vorgenommen — „Sanktionen“, Pfänder für nicht ganz von Deutschland erfüllte Vorschriften des Versailler Vertrages — weiter nichts, selbstverständlich, Gott bewahre! Wie die geschichtlichen Parallelen ergeben, hat er darin ja schon einige Übung: 1673 bis 1694 hat er Saarbrücken besetzt, das, weil das Schloß Saarbrücken einige hundert Jahre vorher mal zu Reg gehört hatte, Reg aber an Frankreich gefallen war, unweigerlich ebenfalls Frankreich zum, zweifellos eine äußerst zwingende Beweisführung! 1792 fiel er wieder einmal über das Saargebiet her, 1866 forderte er Benedetti für den preußischen Erfolg von Königgrätz als Kompensation. (Es gibt ja so viele brauchbare Worte: Reunionen, Kompensationen, Sanktionen.) Die wohlüberlegte Propaganda und ähnliche Maßnahmen, wie sie seit bereits drei Jahren zur Anwendung kommen, werden nun auch das Ruhrgebiet allmählich vom Mutterland abschneiden sollen: Franzöisierung von Schule und Theater, Einführung der Frankenwährung, die sperrende Zollgrenze. Die ganze Welt blüht darauf, ob und wie wir jetzt die schwere, im Juni 1919 umgangene, Kraftprobe bestehen. Dann führte Dipl.-Ing. Bergasseffor Grumbrecht an der Hand von Lichtbildern und Filmen in seinem Vortrage „Deutschlands Steinkohlenbergbau“ in die Entstehung und Gewinnung der jetzt so in den Vordergrund des Interesses gerückten Steinkohle ein. Es wurde gezeigt, wie die Bergleute in den Förderböden zur Arbeit hinabfahren, wie die Kohle losgehakt oder gesprengt, dann in Schüttelklemmen (Schüttelrietschen), Loren und Förderseilen abtransportiert und endlich von etwaigen Steinen gesondert wird; ferner die in Deutschland besonders hoch entwickelten Sicherheitsmaßnahmen, eine Rettungsexpedition in Tätigkeit und Sprengversuche, über Schlagwetter- und Kohlenstauberplosionen. Der Vortragende verstand es in launiger, frischer Weise selbst dem „blutigsten Eisen“ einen interessanten Einblick in sein Fach zu



verschaffen. Das Schlüsselwort erhielt der Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin, der auf die Entstehung und Aufgaben der Organisation des Bundes „Saar-Verein“ einging. Die Notwendigkeit dieser Organisation wies er an den Opfern des Kampfes um das Deutschtum im Saargebiet nach, für die keine Hilfe und kein Rat anderswo bestünde. Das habe sich vor vier Jahren gezeigt, als 800 kerndeutsche Männer und Frauen französischer Gewalt ausgeliefert worden seien und sich kein Mensch im deutschen Volke um das Saargebiet und später nach der Besetzung um die Rheinlande gekümmert habe. Fast vier Jahre lang habe die am schwersten heimgegriffene Saarbevölkerung das französische Joch unter schweren Bedrückungen und ungeheuerlichen Demütigungen ertragen müssen, ohne daß der Rufschrei, den besonders der Bund Saar-Verein und seine Ortsgruppen erhoben hätten, gehört wurde. Um so mehr sei es nunmehr Pflicht des deutschen Volkes, welches durch die Vorgänge im Ruhrbezirk endlich aufgerüttelt worden sei, am Saargebiet das wieder gut zu machen, was gesündigt worden sei. Dem Bund „Saar-Verein“ und seinen Bestrebungen mühten deshalb in weitesten Kreisen durch Beitritt und Unterstützung die Hilfe zuteil werden, die seit Jahren erlitten werde. Mit einem warmen Appell an die Reichsregierung und den hochverdienten, tatkräftigen Reichsanwalt Dr. Cuno, durch einiges und einmütiges Zusammenstehen des deutschen Volkes mit allen Kräften unterstützen zu wollen, schloß Redner die Ansprache unter dem stürmischen Beifall der zahlreichen Zuhörer.

**Saar- und Pfalzverein Leipzig.** Alle Deutschen, Männer und Frauen, aus dem Saargebiet und aus der Pfalz, die zur Messe in Leipzig weilen, treffen sich am Dienstag, den 6. März, abends von 7 Uhr an, im Saale des Börsenrestaurants, gegenüber der dauernden Gewerbeausstellung, zum Bierabend des vorgenannten Vereines. Der Saal ist zu diesem Zwecke gemietet. Für Unterhaltung sorgt der Verein. Die Verpflegung mit Speisen und Getränken ist vorzüglich. Voraussichtlich wird Herr Direktor Vogel aus Berlin den Abend leiten.

**Eine vom Saar- und Pfalzverein Leipzig gemeinsam mit dem Rheinländerverein, den Reichsverband der Rheinländer und der Gesellschaft Westfalen einberufene Protestversammlung in Leipzig gegen die französische Willkür am Rhein und an der Ruhr** hatte einen durchschlagenden Erfolg. Der Vorsitzende, Ingenieur Sester, bemerkte in seinen Eingangsworten, daß die Franzosen, die jetzt im Ruhrgebiet deutsche Bergleute und Angestellte zum Frondienst zwingen, die wahren Barbaren seien. Hand in Hand mit den Schwarzen und Braunen, denen die Franzosen gleich sind, rauben sie Kohlen und Geld. Wir dürfen nicht eher ruhen und rasten, bis der deutsche Boden von dem französisch-belgischen Raubgesindel befreit ist.

Es sprach dann der Reichstagsabgeordnete Gewerkschaftsführer Erling über die Lage, der u. a. ausführte: Frankreich wolle keine Reparationsleistungen, es wolle nur den deutschen Rhein und seine Bevölkerung zu beiden Seiten in seine Gewalt bringen. Es gebe keine insamere Kriegsführung, als sie Frankreich seit vier Jahren gegenüber einem wehrlosen Volk treibe. (Psalmrufe.) Er geht nicht nur um die Freiheit der Volksgenossen an Rhein und Ruhr, sondern auch um die Freiheit der übrigen Deutschen: es geht um die deutsche Sprache, die deutsche Sitte, deutsche Kultur. Schieben wir die Schuld an der Not nicht einer dem anderen zu: Schuld an der Not ist allein Frankreich. (Stürmischer Beifall.) Wenn sie das Ruhrgebiet von uns losreißen, wir werden es wiederholen und dann für immer. (Stürmische Zustimmung.) Folgende Entschliebung gelangte zur einstimmigen Annahme:

Mit tiefer Verachtung erfüllt für Völker, die mitten im Frieden gegen alles göttliche und menschliche Recht mit großen Truppenmassen ein wehrloses und entwaffnetes Land überfallen haben, erheben wir schärfsten Protest gegen dieses feige und verabscheuungswürdige Verbrechen über ihren vermeintlichen Sieg wahnsinnig gewordener Nationen und gegen die unaussprechliche, der Ehre des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes angetane Schmach.

Mit Stolz und Freude begrüßen wir das mannhaft eintreten unserer Landsleute aller Stände im Rhein- und Ruhrgebiet für ihr Deutschtum und ihr Recht. In aller deutscher Treue geloben wir, fest und immerdar in Not und Gefahr zu ihnen zu stehen und ihre schweren Leiden auch unter den größten Opfern nach besten Kräften zu erleichtern. Wir wollen uns ihrer würdig zeigen, bis Recht wieder Recht wird und das deutsche Land von fremden Eindringlingen befreit ist.

Die deutsche Regierung bitten wir dringend, alles zu tun, um unseren Landsleuten ihr hartes Los erträglich zu gestalten, vor allem aber Standhaft der Willkür des Erbfeindes des deutschen Volkes Trost zu bieten und, wenn möglich, alle Beziehungen zu diesem außerhalb der Achtung aller Grundsätze stehenden Staat abubrechen. Ganz Deutschland rufen wir auf, wie ein Mann der Regierung Gefolgschaft zu leisten, bis zum siegreichen Ende.

Mit dem Abgingen des „Deutschland, Deutschland über alles“ und einem Hoch auf die besetzten deutschen Gebiete erreichte die eindrucksvolle Versammlung ihr Ende.

Auch in Heidelberg stand eine Protest- und Trauerkundgebung anlässlich der Ruhrbesetzung unter der Führung unserer dortigen Ortsgruppe. Der Vorsitzende des „Saar-Vereins“, Ortsgruppe Heidelberg, Direktor Woll, sprach im Namen der politischen Verbände, der Gewerkschaften, der Parteien, der Universität und Bürgerschaft und wies darauf hin, daß Tausende von Einwohnern dem Rufe gefolgt seien, um öffentlich Einspruch zu erheben gegen die französische Vergewaltigung. Dann nahm der Historiker unserer Universität, Professor Duden, das Wort zu außerordentlich fesselnden Ausführungen, in denen er u. a. hervorhob: Mitten im Rechtszustand des Friedens haben wir den Einbruch des Feindes erlebt; denn anders können wir ihn hinfür nicht mehr bezeichnen; wir sehen eine Tat der Gewalt, die kein Beispiel in der Weltgeschichte findet. Der Feind hat seinen Schlag geführt in das Herzgebiet deutscher Arbeit, deutscher Technik und deutscher Kultur. Unter dem Schutze von schwerer Artillerie sind die Pariser Finanzleute und Ingenieure an ihr verbrecherisches Geschäft als Sklavenhändler gegangen, um zu ernten, was andere gesät haben und den Ring zu schließen, der schon an der Saar und in Oberschlesien um den Leib des deutschen Volkskörpers gelegt wurde. Solche Art von Gewaltanwendung ist ohne Beispiel in der Weltgeschichte. Sie läßt wohl im Augenblick kein sichtbares Blut fließen, aber sie wird mehr Leben zerstören und vielleicht mehr Blut kosten, als manche kriegerische Maßnahme kann. Was sind die Ruinen des einstigen fürstlichen Schlosses Heidelberg gegen das Ruinen- und Trümmerfeld, an dessen Herbeiführung die französische Politik jetzt arbeitet! Denn das Chaos der deutschen Wirtschaft, das Chaos des deutschen Staates ist ihr Ziel. Jedermann weiß, daß die Deutschen, wie der Reichsanwalt es ausdrückte, bis zur Selbstaufopferung zur Erfüllung bereit gewesen sind. Aber die Franzosen wollen keine Erfüllung. Sie wollen die Pfänder unter dem Vorwand der Nichterfüllung. Dabei wollen sie vielleicht gar nicht die Annexion. Denn diese Pariser Finanzleute und Advokaten, die heute Napoleon spielen, die sich von der ganzen Welt haben retten lassen, um diese Rolle überhaupt durchführen zu können, wissen ganz genau, daß man auch heute ohne Annexion erobern kann, daß es wirtschaftliche Zwangsmittel gibt, die nach ihrer Rechnung dasselbe Ziel erreichen können.

Wir haben diesen Boden uns erschaffen,  
Durch unsrer Hände Fleiß, den alten Wald.  
Unser ist durch tausendjährigen Besiß  
Der Boden — und der fremde Herrennecht  
Soll kommen dürfen und uns Ketten schmieden  
Und Schmach antun auf unsrer eignen Erde?  
Ist keine Hilfe gegen solchen Drang?  
Nein, ein Grenze hat Tyrannenmacht.  
Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden,  
Wenn unerträglich wird die Last, — greift er  
Hinauf getrockneten Mutes in den Himmel  
Und holt herunter seine ewigen Rechte,  
Die droben hangen unveränderlich  
Und unzerbrechlich wie die Steine selbst.

Mit Panzerwagen und Muffel sind sie eingebrochen in die Gefilde friedlicher Arbeit, von fern aber klingen uns ein Ton, den wir schon einst vernahmen: „Mit Mann und Ross und Wagen hat sie der Herr geschlagen!“ Fern klingen das noch, ein Trost nur für die Zukunft, heute leben wir freilich noch nichts als unsere Armut. Ein Volk in Not! Wie wir dieser Not Herr werden, wie wir uns in ihr bewahren, davon hängt das deutsche Schicksal in der Weltgeschichte ab. Möge aber die Not noch höher steigen, möge sie den einzelnen mit fortreißen, alle wollen wir zusammenhalten und in dieser Stunde nicht auseinandergehen, ohne zu geloben:

Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern,  
In keiner Not uns trennen von Gefahr!

Mit stürmischem Beifall wurden die Worte des Redners aufgenommen.

Dann trug der Leiter des Saarvereins einen „Notruf“ von der Saar vor, verfaßt von Herbert Stegemann, der mit den Worten begann:

Amringt von Schmach und Grauen und Not,  
Von feindlichen Hasserstammen,  
Wir weinen uns die Augen rot  
Und beißen die Zähne zusammen.  
Wir rufen nach euch, ihr Brüder im Reich,  
Es klirren die eisernen Ketten.  
Kein Jammer, der unserm Jammer gleicht!  
Wann kommt ihr uns endlich zu retten?



# Mitteilungen des „Vereins der Pfälzer“ in Berlin.

(Ortsgruppe des Pfälzerwald-Vereins, E. V.)

Vereinsadresse: Berlin-Schöneberg, Eisenacher Str. 58. Schriftführer: Fritz Müller (Tel. Stephan 0009). / Vereinslokal: Hotel Atlas, Berlin N. 24, Friedrichstr. 109, a. d. Woldendammer Brücke. Jeden Freitag Stammtisch und jeden ersten Freitag im Monat Vereinsabend. / Zuschriften, die Zeitung betr., an den H. Vorf. Carl Maria Müller, Berlin NW. 5, Quilowstraße 140 (Tel. Moabit 3011-14). / Postfach-Monto Berlin 15001. Abz.: Jakob Schmitt, Berlin-Weglig, Postfingerstraße 10.

## Das Pfälzer Lied.

(Nach Mitteilungen eines Zeitgenossen.)

Der Ztg. „Frisch auf“ des Odenwaldklubs Mannheim-Ludwigs-  
hafen entnommen.

Unter den unendlich vielen schönen Heimats- und Volksliedern darf als eine der edelsten Verlen das Pfälzer Lied von Eduard Kist gelten. Um dieses bei jung und alt in der ganzen Pfalz so beliebte Lied, sein Entstehen und seine Verbreitung schlingt sich eine so wunderbare Romantik, wie sie wohl selten ein Volkslied aufzuweisen und die nicht wenig dazu beigetragen hat, das schlichte Lied, das in herabgewinnender, einfacher Weise die Schönheiten der sonniaen Pfalz so begeistert schildert, dem Pfälzer Volk so wert und lieb zu machen. Der Schöpfer des Pfälzer Liedes, Eduard Kist, lebte in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts als Journalist und Schriftsteller in Dürkheim. Ein Freund der Natur und begeisterter Verehrer der sonniaen Pfalz, liebte er mit glühender Seele seine schöne Heimat und wachte auch im Kreise edler Gesellschaften einen guten Tropfen zu schätzen, wie jeder echte und rechte Pfälzer. Vom Ertrage seiner Feder lebend, war er nicht immer auf Rosen gebettet, und wenn ihm dann im rauhen Kampf ums Dasein die Kräfte zu versagen schienen, suchte und fand er immer wieder neuen Mut und Kraft in der erhabenen Natur seines aeseigneten Heimatlandes. So schuf er an einem schönen Sommertage, am 24. August des Jahres 1869, hoch oben am Rufe der Klosterruine Limburg bei Dürkheim an der wunderbaren Abteiterrasse zu Füßen des ehrwürdigen Domturms das Pfälzer Lied. Unter dem überwältigenden Eindruck von der Schönheit des Landes, das sich hier dem Auge des Beschauers offenbart, wo der Blick hinausweist in das lachende Pfälzer Land, strömten ihm, von tiefster Heimatliebe befeelt, die Verse aus der Feder, die er für ein paar Wochen Vergeltung dem „Pfälzer Kurier“ überließ, der sie dann nach einigen Tagen zum Abdruck brachte. Bald war jedoch das Gedicht im Geräusch des täglichen Lebens vergessen und für den Dichter im Schoße der Bescheidenheit versunken. Um so gewalttätiger erfaßte es den Dichter, als ihm nach vielen Jahren in Landau in einem Konzert, in dem er ganz ahnungslos anwesend war, unvermutet das Gedicht als Lied aus der Kehle einer gefeierten Sängerin ins Ohr und ins Herz tönte, und um so lebendiger wirkte es, durch einen wunderbaren Zufall wieder zum Leben erweckt, unter dem jubelnden Beifall der Zuhörer in die Herzen der Pfälzer hinausgeschmettert werden. Ein reisendes Konzertunternehmen unter Führung des schwedischen Harmonikavirtuosen Sawlet und der als die schwedische Nachtigall gefeierten Sängerin Ewenston zog damals durch die Pfalz. Erfolgekrönt und überall herzliche Aufnahme findend, hegte Sawlet längst schon den begreiflichen Wunsch, seinem Programm eine Nummer einzufügen, die die Pfälzer Herzen besonders ansprechen sollte. Auf der Suche nach einem passenden Stück hörte er dann in Speyer, daß er sein Konzert, allem Brauch entsprechend, in weißen Glacehandschuhen dirigieren müsse. Er kaufte sich also diese in Speyer zu unumgänglicher Konzertausrüstung und fand in deren Packhülle, einem viele Jahre alten, vergilbten Zeitungsblatt, unvermutet die schönen, längst vergessenen Verse unseres Eduard Kist. Das war es ja, was er schon so lange suchte, eine prächtige Schilderung der sonniaen Pfalz. Sofort setzte er die Verse in Musik, und schon im nächsten Konzert erkündte zum ersten Male vor dicht gedrängtem Publikum in Landau das Pfälzer Lied unter solch jubelndem Beifall, daß es wiederholt werden mußte. Im Publikum war es allgemein aufgefallen, daß ein stadtbekannter Herr (Eduard Kist war inzwischen Redakteur des Landauer „Eilboten“ geworden), von der Wirkung des Liedes so erariffen war, daß ihm die Tränen der Rührung in hellen Fahren über das Antlitz rannen. Als er sich soweit gefaßt hatte, daß er sprechen konnte, fragte er den Komponisten, wie er gerade zu seinen eigenen, längst vergessenen Versen komme, und Sawlet zog ein altes Zeitungsblatt aus der Brusttasche und klärte ihn darüber auf, wie er vor einigen Tagen in Speyer die Verse so unvermutet gefunden. Die Verse haben ihn so warm berührt, daß er ihnen eine Melodie gegeben, um sie den lieben Pfälzern in Dankbarkeit zu widmen. Sawlet war sehr erfreut, den Dichter des Pfälzer Liedes persönlich und zugleich unter so eigenartiger Fügung des Zufalls kennen zu lernen, und machte ihm am nächsten Tag seine Originalkomposition zum Geschenk. Mit Windeseile hatte sich die Kunde von dem eigenartigen Spiel des Zufalls im Saale verbreitet und nun

kannte der Jubel der guten Pfälzer keine Grenzen. Dichter, Komponist und Sängerin wurden mit jubelndem Beifall überschüttet und das Lied mußte zum dritten Mal wiederholt werden, ja man war sogar genötigt, das Konzert abbrechen, um die gehobene Stimmung der guten Pfälzer nicht zu beeinträchtigen. Das Pfälzer Lied hatte seine Auferstehung gefeiert und sollte nun seinen Siegeszug antreten in die Pfalz, in die Welt, wo Pfälzer Herzen schlagen. In unglaublich kurzer Zeit ist das Lied populär geworden, nachdem es für Männerchor und Militär-orchestre arrangiert war. Die Jugend sang es am Abend am plätschernden Brunnen, es fand seinen Weg in die damals noch so beliebten Spinnstuben und in den Winzerkellern begann es nach dem ersten Schoppen leise klingend, allmählich stärker tönend und zum Schluß aus voller Kehle schmetternd: „O Pfälzer Land, wie schön bist Du!“ Ja sogar die Drehorgeln auf den Messen und Jahrmärkten haben sich der einschmeichelnden Melodie bemächtigt und jedenfalls nicht wenig dazu beigetragen, das Lied in weitesten Kreisen zu verbreiten.

Hatte sich nun Eduard Kist in den Herzen der Pfälzer ein unauslöschliches Denkmal geschaffen, so sollte ihm aber nach seinem Tode auch ein äußeres Dankeszeichen am Geburtsort des Pfälzer Liedes, oben auf der Limburg, entstehen. Fünf wadere Pfälzer aus dem Kreise der Besucher jenes denkwürdigen Konzerts in Landau unternahmen es, ein schlichtes, aber würdiges Denkmal in Form einer Pyramide, zusammengefügt aus Quadern des Pfälzer Gebirges und geschmückt mit dem Bronzefigürchen des Dichters, zu errichten. Die Vorarbeiten waren bald beendet und die Aufstellung sollte erfolgen, es fehlte aber noch die Genehmigung der k. b. Regierung in München. Böse Zungen behaupteten damals, die Regierung habe ihre Zustimmung deshalb nicht gegeben, weil Eduard Kist ein für sie unbequemer Demokrat war, aber von solch kleinlichen Gesichtspunkten konnte sich eine k. b. Regierung doch unmöglich leiten lassen. Sie konnte sich auf verfassungsmäßige Rechte berufen, wonach die Errichtung eines Denkmals nach dem klaren Wortlaut der Bestimmungen der Genehmigung bedarf. Und da es auch schon damals vorkam, daß Journalisten und Schriftsteller über gewisse Paragraphen der k. b. Gesetzgebung eine besondere Meinung hatten, so konnte sie ihre Zustimmung nicht geben. Dies war nun ein schwerer Schlag für das sonst so frohliche Pfälzer Herz. Als die Schwierigkeiten bekannt wurden, die entstanden waren, erhob sich eine ungeheure Erbitterung in der ganzen Pfalz und die Pfälzer Volksseele, ohnehin schon leicht überschäumend, geriet ins Kochen. Auf den Siedepunkt stieg die Erbitterung in Dürkheim und hatte sich bald zu einer regelrechten Verschwörung ausgewachsen. Hinausgetragen auf den Flügeln der Begeisterung für das Pfälzer Lied, entstand der Denkstein von unsichtbaren Geisterhänden zusammengefügt über Nacht. Bei Nacht und Nebel haben die wadernen Dürkheimer Schweifstiefel Stein um Stein hinaufgeschafft und zur Pyramide zusammengefügt. Die ganze Pfalz freute sich des gelungenen Streiches und lachte sich ins Häuschen, aber das dicke Ende kam nach. Eine hochnotpeinliche Untersuchung gegen die unbekannten Frevelthäter wurde eingeleitet, blieb jedoch ohne Ergebnis, da es die wadernen Pfälzer meisterhaft verstanden, jeder Nachforschung den Boden zu entziehen, und die Dürkheimer dürfen die Tatsache für sich in Anspruch nehmen, sogar die Gendarmerie hinter das Licht, in diesem Falle, hinter die Limburg geführt zu haben. Der schwerwiegende Fall schien auszugehen wie das Hornberger Schießen, und die Regierung tat nun das Beste, was sie nun tun konnte, sie nahm eine lokale Haltung ein. Aber die bis dahin ungelöste Frage nach den „unbekannten Tätern“ sollte durch die Pfälzer Volksseele beantwortet werden. Eine Künstlerpostkarte, welche die Schattenrisse der Mitglieder des Denksteinkomitees zeigt, dargestellt als „Madenbacher Kerwemusikanten“, die soeben das Pfälzer Lied aufspielen, wurde hergestellt und in vielen Exemplaren verbreitet. Diese harmlose, aber originelle Postkarte, die in zahlreichen Exemplaren mit herzlichen Pfälzer Grüßen zu Händen der k. b. Regierung kam, löste allen Verdruß und machte dem schwerwiegenden Fall ein humorvolles Ende mit einem befreienden Lachen.

So kam das Pfälzer Volk zu seinem Pfälzer Lied, und wie das Pfälzer Herz die besten seines Volkes zur rechten Zeit und am rechten Platz zu ehren weiß, das hat uns die „Frevelthäter“ jener fünf wadernen Männer von echtem Schrot und Korn be-



wiesen. Und wenn du, lieber Leser und schöne Leserin, deine Schritte nach der sonnigen Pfalz lenkst, dann freue dich der guten Menschen, die in diesem Lande wohnen, und kommst du gar einmal nach den romantischen Ruinen der alten Elmburg, um unserem Eduard Jost ein stilles Gedenken zu weihen, dann glähe auch im stillen den Hut vor jenen fünf echten Pfälzer Herzen, die den Stummen und doch so berebten Zeugen alter Pfälzer Biederkeit und Treue geschaffen haben. Und ziehst du wieder von dannen, so ehre sie alle mit der uns so lieb gewordenen Weise:

O Pfälzer Land, wie schön bist du.

(Anm. d. Schriftstg.: Berraten soll heute werden, daß der noch rüstige und sich seines Schoppens freuende Vater unseres 1. Vorsitzenden an den „Wäderen“ nicht ganz unbeteiligt war.)

## Das Pfälzer Lied.

G-Dur: d

Eduard Jost

Am deutschen Strom, am grünen Rheine  
Ziehst du dich hin, o Pfälzerland!  
Wie lächelst du im Frühlingsmunde,  
Wie winkt des Stromes Silberband!  
Da steh ich auf des Berges Gipfel  
Und schau auf dich in süßer Ruh  
Und jubelnd rufst in meinem Herzen:  
:: O Pfälzerland, wie schön bist du!  
O Pfälzerland, wie schön bist du!

Es winkt von deinen sanften Hügeln  
Die Rebe mir im Sonnenstrahl,  
Es lockt das Grün mich deiner Wälder,  
Der Blüten Pracht in jedem Tal.  
Von deinen Kirchen und Kapellen  
Tönt mir die Sonntagsglocke zu  
Und Andacht und Begeisterung flüstern:  
:: O Pfälzerland, wie schön bist du. ::

Und deiner Burgen graue Trümmer  
Und deines Domes stolzer Bau,  
Wie grühen sie im Sonnengolde  
Bom Berge mich und aus der Thal!  
Es zieht mich hin zu ihren Räumen,  
Es treibt mich ihren Hallen zu,  
Und wie ich wand're, tönt es freudig:  
:: O Pfälzer Land, wie schön bist du. ::

Ja, schön bist du, o Fleckchen Erde  
Am deutschen Strom, am grünen Rheine,  
Du Land voll Biederkeit und Treue,  
Du Land im Frühlingssonnenheime!  
Und stund ich einst in deinem Schoße,  
O Pfälzerland, die sel'ge Ruh,  
Dann ruf ich mit dem letzten Hauch:  
:: O Pfälzerland, wie schön bist du. ::

Unser Vereinsorgan mußte leider eingehen, denn die Kosten waren trotz hochanerkannter Unterstützung geschätzter Spender für unsere kleine Vereinsklasse unerträglich geworden. Es geht aber den großen Ortsgruppen Mannheim-Ludwigshafen des Pfälzerwald-Bereins und Odenwald-Klubs auch nicht viel besser, denn auch sie können, trotz größerer Einnahmen, jetzt nur mehr noch alle zwei Monate erscheinen. Was um so verwunderlicher ist, da sich die beiden Vorstände, die doch sonst gut miteinander harmonieren, leicht zu einer gemeinsamen Herausgabe eines Vereinsblattes hätten verständigen können. Wenn da nur die Titel „Waldheil“ und „Frischluft“ im Wege waren, dann um so bedauerlicher und ein Grund mehr, endlich einmal für einen gemeinsamen Schlachtruf in deutschen Landen einzutreten. Turner, Ruderer, Regler, Fußballer usw., auch die Bergleute haben ihren gemeinsamen Schlachtruf, nur die Wandervereine können sich nicht einigen. Da kann ich es dem Ministerialrat, der im vergangenen Jahr in Berlin die olympische Ruderwoche geschlossen hat, nicht mehr verdenken, daß er, der doch als Korpsstudent den akademischen Rudervereinen einst nahe stand, auf die deutsche Ruderei ein dreifaches „Hoch“ anstatt „Hipp, hipp, hurra“ ausgebracht hat. Wir aber hatten das Glück, eine Zuflucht beim „Saar-Freund“ zu finden, der uns auch sonst sehr nahe verwandt ist, so daß wir jetzt in schönerer Gewandung und — einstweilen noch — monatlich zweimal erscheinen können. Aber auch der „Saar-Freund“ kämpft schwer, und deshalb sollte jeder, der es sich irgendwie leisten kann, nach seinen Kräften erkenntlich sein, indem er Mitgliedschaft des Bundes „Saar-Berein“ wird und auch sonst an sein Postfach-Lotto Berlin NW. 7 Nr. 665 36.

Schriftsteller und Dichter vor die Front! Wir haben unter unseren Mitgliedern gar manchen, der unserem derzeitigen Schriftleiter, dem 2. Vorsitzenden Carl Maria Maier, NW. 5, Quirchowstraße 140, durch Zusendung von Artikeln, Skizzen, Gedichten, Abhandlungen usw. Liebedoll unter die Arme greifen könnte, denn ihm fällt das Dichten schwer, er hat seinen sehr anstrengenden Be-

ruf und ist daher fast nur auf Schreienarbeit angewiesen. — Also: Heraus aus der Ecke die Peler, Ihr Dichter und Dichter, Redakteure und Schriftsteller, Reichs- und Landtagsabgeordnete, Volksbildner und Sportsleute und Ihr anderen alle. Eure Geistesgaben sind uns stets willkommen, 30 000 Menschen und Mäuler, 60 000 Augen und Ohren an Rhein, Saar und Saarlautern danken es Euch.

Lebende und blickige Wanderungen. Unsere Landsleute in Mannheim und Ludwigshafen müssen jetzt, trotz Ertragslügen und vieler Güte, mit durchschnittlich 300 M. Jahrgeld rechnen. Nehmen wir dazu die unerlässlichen „Viertelchen“, „Schoppen“ und „Halbe“, so müssen wir zugeben, daß unsere Verhältnisse in Berlin (Vorort-Preise plus Fleischbrühe) weit günstiger liegen. Und doch sind die heimatischen Wanderungen nicht gut beliebt. Ja, noch besser wie früher, denn das schwarze und braune Besatzungsgefüßel ist auf unseren Bergen und in unseren Wäldern nicht anzutreffen. Es laßt lieber laut herum in Straßen, Gassen und Kaffees, geht nach Schützenabenteuern und Riecht unserem Herrgott den Tag weg. Da ist es nur natürlich, daß Wälder und Berge mehr denn je aufgesucht werden, um wenigstens an Sonntagen diesen Tagdämonen, die sich in einem bis zur Blutleere verarmten Lande mühen, aus dem Wege zu gehen. Uns aber erwacht die heilige Pflicht, in unseren Vereinsabenden und auf Wanderungen heimatische Sitten und Sprache weiterzupflegen und unerlässlich darauf hinzuwirken, daß und wie dieses Volk aus unserem Lande wieder vertrieben wird. Die Stunde ist nicht mehr fern, Deutschland hat sich zusammengefunden und bald wird auch die Uhr der Poincarés abgelaufen sein.

Höhenhaus Kalmthout. Zu dem Wettbewerb waren 13 Entwürfe eingelaufen. Das Preisgericht, bestehend aus den Herren Reg.-Oberbaurat Almann-Spenger, Oberbaurat Alster-Mannheim, Stadtbaurat Sternlieb-Ludwigshafen, Dipl.-Ing. Josef Müller, Architekt, Kienhardt a. S., Studienrat Dr. Staab-Ludwigshafen, Eisenbahninspektor Heinrich Graf-Ludwigshafen für den am 1. September 1910 verstorbenen Direktor Kederer-Ludwigshafen, hatte sich am Sonntag, 26. Dezember d. J., im Stadthaus „Nord“-Ludwigshafen eingefunden, um zu entscheiden, welche Entwürfe sich für die weitere Bearbeitung des „Kalmthout“-als Grundlage eignen. Das Ergebnis der eingehenden Beratung der Sachverständigen war folgendes: Keiner der eingereichten 13 Entwürfe entsprach voll und ganz den Anforderungen, wie man sie in praktischer und künstlerischer Hinsicht an ein Höhenhaus auf der Kalmthout stellen muß. Als beste Arbeiten, die als Grundlage für ein Kalmthoutprojekt in Frage kommen, wurden bezeichnet: an erster Stelle der Entwurf mit dem Kennwort „Nernst“ (Verfasser: Herren Architekten Willy Kreier und Heinz Münichshöfer-Ludwigshafen), an zweiter Stelle der Entwurf mit dem Kennwort „Soldest“ (Verfasser: Herr Architekt Heinz Scherrmann-Ludwigshafen-Kriekenheim), an dritter Stelle der Entwurf mit dem Kennwort „Bruchstein“ (Verfasser: Herr Dipl.-Ing. Hermann Wiedemann, Architekt, Ludwigshafen). Der Pfälzer Wald-Berein ist allen Herren, die sich ausnahmslos mit großer Hingabe ehrenhalber der Entwurfsbearbeitung gewidmet haben, zu arthem Danke verpflichtet, ferner den Herren des Preisgerichts, die ebenfalls in uneigennützigster, rein objektiver Weise ihres verantwortungsvollen Amtes im Interesse der Allgemeinheit und um der guten Sache willen walteten.

Die Marokkaner gehen und kommen.

Mainz. Wie das „Echo du Rhin“ meldet, wird das zurzeit in Höchst, Rostheim und Weisenau liegende 66. marokkanische Schützenregiment heute nach Marokko abtransportiert und durch das aus Marokko kommende 63. marokkanische Schützenregiment ersetzt.

Bekanntlich wurden Dr. Brange sowie die Kriminalkommissare Barthold und Schöndgen wegen angeblicher Spionage zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie über Bewegungen französischer Truppen Mitteilung gemacht haben sollen. Diese Mitteilungen wurden darin erblickt, daß die betreffenden Beamten in ihren entsprechenden dienstlichen Verpflichtungen als Besatzungsbezernent usw. zur Erlangung der angeforderten Quartiere usw. den jeweiligen Wechsel der Besatzungstruppenteile ihren vorgelegten Dienststellen zur Kenntnis gebracht hätten. Wenn das „Echo du Rhin“ einen solchen Wechsel französischer Truppenteile nun sogar veröffentlicht, ist es dann auch „Spionage zugunsten einer fremden, nicht an der Befestigung teilnehmenden Macht“?

An jeden Deutschen!

Du sollst an Deutschlands Zukunft glauben  
An deines Volkes Aufersteh'n!  
Daß diesen Glauben dir nicht rauben,  
Trotz allem, allem, was gescheh'n!  
Und handeln sollst du so, als hänge  
Von dir und deinem Tun allein  
Das Schicksal ab der deutschen Dinge,  
Und die Verantwortung wär dein.

Sicht.



### Zoll, Verkehr usw.

**Starke Nachlassen des Grenzverkehrs zwischen Frankreich und dem Saargebiet.** Der Verkehr von Lothringen nach dem Saargebiet und dem besetzten Gebiet hat in letzter Zeit bedeutend nachgelassen. Der Grund dafür ist nach der „Lothr. Volksztg.“ in der enormen Preissteigerung in Deutschland zu suchen, die derart ist, daß viele Artikel in Frankreich billiger eingekauft werden, als in Deutschland. Das Saargebiet wird auf diese lothringischen Käufer gern verzichten können.

**Grenzsmuggel.** Einem St. Ingberter Arbeiter wurden von einem Zollbeamten mehrere Pfund Fleisch, welche er ohne Ausfuhr über die Grenze bringen wollte, abgenommen. Außerdem wurde er noch mit einer Geldstrafe von 45 000 Mark belegt, welche sofort aufgebracht werden mußte.

**Ausfuhr von Kartoffeln im Arbeiterverkehr.** Wie aus einer Antwort des Reichsernährungsministeriums an den Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter in Neunkirchen mitgeteilt wird, sind die Zollstellen angewiesen, die Ausfuhr der Kartoffeln im Arbeiterverkehr in der bisherigen Weise zu gestatten. Es dürfen deshalb Arbeitern durch die Mitnahme ihrer Wochenration an Kartoffeln keine Schwierigkeiten gemacht werden.

**Die verschärfte Ausfuhrkontrolle für Lebens- und Futtermittel** machten Verhandlungen zwischen der Handelskammer Saarbrücken und dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft erforderlich. Die großen Schwierigkeiten und Nachteile, die sich aus der verschärften Ausfuhrkontrolle für das Saargebiet ergeben hätten, wurden vom Reichsernährungsministerium anerkannt und deshalb beschlossen, die verschärfte Ausfuhrkontrolle nicht durch das zuständige Zollamt im Innern, sondern an der Saargrenze vornehmen zu lassen. Wenn auch dieses Verfahren eine gewisse Härte für das Saargebiet bedeutet, so war es dennoch in Anbetracht der gewaltigen Schwierigkeiten bei der Verabfertigung im Innern leichter als diese zu ertragen. Auch das Reichsverkehrsministerium hat auf die verschärfte Verabfertigung im Innern verzichtet und sich zugunsten des Saargebietes damit einverstanden erklärt, daß künftighin wieder alle Lebens- und Futtermittel an der Saargrenze der verschärften Ausfuhrkontrolle unterliegen sollen. Somit werden in Zukunft sämtliche Bewilligungen über Lebens- und Futtermittel von dem Delegierten des Reichskommissars in Saarbrücken an das in Frage kommende Grenzzollamt gesandt werden.

**Reiserverkehr nach dem Saargebiet.** Bei Reisen nach dem Saargebiet ist es am zweckmäßigsten, stets direkte Fahrarten nach den Saarbahnzielstationen zu lösen. Eine Abfertigung auf die Grenzpunkte zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Deutschland ist nicht zulässig, da die Grenzpunkte nicht mit den Grenzstationen zusammenfallen. Die Ansicht vieler Reisenden, daß durch eine Zwischenlösung von Fahrarten nach den Reichsbahngrenzstationen (Serrig, Türksmühle, Bruchmühlbach und Zweibrücken) eine Verbilligung der Fahrt herbeigeführt werden kann, ist völlig irrig, weil auf den Reichsbahngrenzstationen der Fahrpreis wie auf den Abgangstationen unter Anwendung des gleichen Umrechnungssatzes in Mark zu entrichten ist. Bei Benutzung von Schnellzügen ist die Zwischenabfertigung nach der Reichsbahngrenzstation sogar wesentlich teurer als die durchgehende Abfertigung, weil der Schnellzugzuschlag mit der Fahrkarte erlischt, so daß ein neuer Schnellzugzuschlag von der Reichsbahngrenzstation bis zur eigentlichen Grenze erforderlich ist. Die Gültigkeitsdauer des Schnellzugzuschlages bis zur Grenze ist unzulässig. — Nur auf den Saarbahngrenzstationen (Mettlach, Rimborn, Homburg und Elnd) kann der Fahrpreis für die Saarbahnstrecken in Franken entrichtet werden. Reisende, die von dieser Möglichkeit Gebrauch machen wollen, tun daher gut, wenigstens Fahrkarten bis zur Saarbahngrenzstation zu lösen, bei Benutzung von Schnellzügen müssen sie aber bei dieser Zwischenabfertigung je besondere Schnellzugzuschläge von der Saarbahngrenze bis zur Saarbahngrenzstation und von letzterer bis zur Saarbahnzielstation bezahlen. Die Entrichtung doppelter Schnellzugzuschläge wird bei Lösung direkter Fahrarten von den Abgangstationen der Reichsbahn nach den Zielstationen der Saarbahnen vermieden.

### Aus dem Saarwirtschaftsleben

Für den Bau des Saar-Kraftwerkes im Kreise Merzig ist die Erlaubnis erteilt worden. Es bedarf nur noch der Klärung und Festlegung der einzelnen Punkte, der Genehmigung und der Erledigung des formalen Genehmigungsverfahrens, um dann endlich den ersten Spatenstich des Werkes zu tun. Es ist mit dem Beginn des Baues im Frühjahr bestimmt zu rechnen und es besteht Aussicht, nach 1½ Jahren das Werk dem Betrieb zu übergeben. Dieses wird das erste Wasserkraftwerk des Saargebietes sein.

Die Geschichte des Saarweinbaues behandelte Th. Schmidt-Burbach im Vortragsabend des historischen Vereins in Saar-

brücken. Nach den Ausführungen Schmidts sind die Römer die ersten Träger des Weinbaues an Mosel und Saar, wo wahrscheinlich das älteste Weinbaugebiet Deutschlands überhaupt zu suchen ist. Weistümer, Schenkungsurkunden, Einfuhrverzeichnisse, Bannbücher u. a. m. aus der Karolingischen Zeit des Gebietes bieten die ältesten schriftlichen Urkunden des Saarweinbaues. Sie zeigen, wie die heutigen berühmten Saarweindörfer bereits im früheren Mittelalter schon reichen Rebhau hatten. Die Rebärten waren damals fast ausnahmslos Anlagen und Besitz der reichen Klöster und Abteien des Gebietes und der Trierer Lande. Eine erste Statistik über den Saarweinbau aus der Zeit des 30jährigen Krieges zeigt die Vernichtung eines großen Teiles der Saarebberge in jener Zeit. Die französische Sequestration zu Anfang des 19. Jahrhunderts führte den reichen klösterlichen und geistlichen Weinbergbesitz an der Saar größtenteils an Private über. Französische Einflüsse aus jener Zeit, sowie das preussische Weinsteuergesetz vom Jahre 1820 ließen auch die oberen Saarkreise den Weinbau stark aufgreifen, der hier jedoch bis 1860 wieder völlig dahinschwand. Die Jahre 1860 bis 1880 brachten dem Saarweinbau eine gesunde innere Entwicklung und den Saarweinen den ersten Aufschwung außerhalb des Gebietes. Von 1881 ab setzte eine bedeutende Erweiterung des Rebgebiets an der unteren Saar und eine blühende Aufwärtsentwicklung des Saarweinbaues ein. Die staatlichen Saardomänen entstanden. Die reichen und fröhlichen Weinernten besonders der Jahre 1904, 1908 und 1911 verhalfen dem Saarwein zu seinem Weltruf und ließen ihn mit den Spitzen der Moselweine zu einem Nebenbuhler der Gellings des Rheingaus werden. Die auf tiefgründigem Studium beruhende eingehende Kenntnis und Beherrschung der Materie, sowie die warm durchklingende Heimatliebe und stolze Heimatfreude gestalteten die Ausführungen des Vortragenden außerordentlich ausdrucksvoll.

### Briefkasten.

\* Nach Sulzbach. 200 Mark für den „Saar-Freund“ sind richtig hier eingegangen. Herzlichen Dank.



Die neue Sportholz-  
Kleinschiffbau-  
gen. gesch.  
Größe 1,50 m, 2,00 m,  
leichtestes Gewicht, in  
Sonder- u. Massen-  
bestellung lieferbar.

**Friedrich Klein**  
SW. 68, Alte Jakobstraße 19  
Fernruf: Amt Dönhoff 9702.

## Elektro- Motore!

nur erstkl. Fabrikate,  
ab Lager oder kurz-  
fristig lieferbar.

**Ing.-Büro Fank**  
Berlin W. 15,  
Meteorotstr. 1.  
Fernruf: Pfalzburg 92.

## Badische Bank • Karlsruhe

Telefon 183-185 Friedrichsplatz 12 Telefon 183-185  
Telegramm-Adresse: „Badenbank“

Ankauf der vom Reiche als Ersatz  
für Auslandsschäden gegebenen

## Reichsschatzwechsel

zu kulantem Bedingungen.

Bei Anstellung genaue Bezeichnung der Stücke und  
Fälligkeiten erforderlich.

Für die Schriftleitung verantwortlich: A. Ommert, Charlottenburg.

Vorlag: Geschäftsstelle „Saar-Freund“ Berlin SW. 11, Königsrüder Straße 94; Druck: Deutscher Schriftverlag G. m. b. H., Berlin SW. 11.